

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tagl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst für den Haus- und Jugendzeitung einschließlich Briefkasten monatlich 90 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.70, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 3.— Erscheint tägliche mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Redaktion: Gr. Poststraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Poststraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends. Inserate werden die Gehaltene Zeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Preisanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 110.

Dresden, Freitag den 16. Mai 1913.

24. Jahrg.

In Preußen finden heute die Urwahlen zum Reichstag statt.

Der Zentrumsführer Dr. Spahn trat in einer Rede in Bonn für schnelle Erledigung der Gesetzesvorlage und für eine Reichsveränderung ein.

Die Firma Krupp versucht mit Beschwerden über erpresserische Forderungen die öffentliche Meinung zu beeinflussen.

Auf dem Evangelisch-sozialen Kongress in Hamburg fand eine erregte Debatte über die Konsumvereine statt.

In Kobara erlöschte sich Genosse Campanini aus Oro über einen verlorenen Streit.

Bagdadbahn und Koweit.

Unter Ärmern, Schandern und Heißhören der interessierten Mächte geht der Zerfall der Türkei vor sich. Während sich die Verbündeten noch um die mazedonische Beute zanken, melden die Mächte Finanzforderungen an, die sich aus der Liquidation des Balkanrieges ergeben, und während zu diesem Zweck die internationale Finanzkonferenz in Paris vorbereitet wird, hat England schon die Ohnmacht der Türkei bemerkt, um einen der besten Häfen am Persischen Golf in seine Gewalt zu bringen: England hat mit der Türkei ein Abkommen geschlossen, worin die Türkei das britische Protektorat über Koweit anerkennt und gegebenenfalls das Recht bewilligt, eine Eisenbahn von Bassorah nach Koweit zu bauen. Bassorah soll Endpunkt der Bagdadbahn werden. Die Unterzeichnung dieser englisch-türkischen Konvention, die nach einer Reiter-Weidung vor allem die Frage der Bagdadbahn, die Koweitfrage und die Frage der türkisch-persischen Grenze regeln wird, soll in einigen Tagen erfolgen.

Das Koweitabkommen ist für Deutschland von großer Bedeutung, denn es bringt den Endpunkt der Bagdadbahn, seiner Eisenbahnlinie, die von der kleinasiatischen Küste zum Persischen Golf führen soll, in englische Hände. Das heißt, die „deutsche Bagdadbahn“ wird unter englischer Kontrolle stehen. Der Lärm geht deshalb in den Nationalistenblättern bereits los, trotzdem Reichsmann in seinen Blättern melden ließ, daß das englisch-türkische Abkommen unter deutscher Mitwirkung zustande gekommen sei. In einem Leitartikel trägt die Tages Rundschau:

Geld, enorm geschickt ist dieser jüngste Schachzug der Engländer — das muß ihnen der Reich laien. Er stellt in dem langwierigen, stillen Ringen zwischen England und Deutschland um den Endpunkt der Bagdadbahn gewissermaßen den entscheidenden Schachzug dar, der das deutsche Spiel matt legt. Deutschland und die mit seinen Interessen eng verbundene Türkei mögen sich nun drehen und wenden, wie sie wollen, um für die Bagdadbahn einen vom britischen Einfluß freien Ausweg zum Golf zu finden — jeder Weg ist ihnen jetzt verbaut, an allen wichtigen Punkten des Spiels stehen die englischen Figuren in beherrschender Stellung.

Die Scharfmacherei gegen England dürfte also in unsern alldeutschen Blättern von neuem einsetzen, und zwar mit Argumenten, die an der Wirklichkeit der Tatsachen würzig vorbeigehen. Der entscheidende Schachzug, um mit der Tages Rundschau zu reden, wurde längst getan. Deutschland hat schon seit geraumer Zeit die Hoffnung aufgeben müssen, die Bagdadbahn von ihrem Ausgangspunkt bis zum indischen Meer unter seiner Kontrolle zu halten, und bereits im Jahre 1911 wurde der Bericht auf den Bau der Strecke von der Stadt Bagdad zum Golf offen ausgesprochen. England hatte gegen die Konvention an deutsches Kapital energisch protestiert und von seinem Standpunkt aus mit Recht: Es konnte nicht zugeben, daß Deutschland einen Landweg nach Indien unter seine Aufsicht stelle.

Damit waren gewisse phantastische Pläne deutscher Imperialisten zerstückt, und jetzt zieht England nur die Konsequenz aus dem politischen Zusammenbruch der Türkei, wenn es sich auch formell das Protektorat über Koweit übertragen läßt. Es bleiben aber nichtsdestoweniger auch jetzt noch Möglichkeiten für das deutsche Kapital, und da von englischer Seite gefühllos betont wird, Deutschland sei bei der Verhängung beteiligt, so ist wohl anzunehmen, daß Hand in Hand mit dem Protektoratsvertrag ein deutsch-englisches Abkommen geht, das sich auf die übrigen Teile der Bagdadbahn bezieht. Wir haben keinen Anlaß, uns für die Ausdehnungsbestrebungen des deutschen Kapitals einzusetzen. Aber wir sind auch nicht in der Lage, ihnen in den Weg zu treten, und wenn deutsche Finanzleute denn schon nach Kleinasien gehen, so ist es uns natürlich lieber, wenn sie es im Einvernehmen mit England tun als im Gegensatz zu ihm. Mit anderen Worten, wenn in Asien eine Verständigung zwischen Deutschland und England erfolgt, so wollen wir das mit Genugtuung begrüßen.

Die Anwesenheit eines britischen Kabinettsministers, des Lord Curzon, in Berlin gibt Veranlassung zu dem Gerücht, daß die beiden Regierungen im Begriffe ständen, noch weitergehende Abmachungen zu treffen. Wahrscheinlich ist das nur Kombination, und möglicherweise hält sich Curzon — nebenbei

einer der in England nicht seltenen Staatsmänner, die sich auch durch ihre wissenschaftlich-literarische Tätigkeit einen Namen gemacht haben — wirklich nur zu seiner Erholung und zu seinem Vergnügen in Deutschland auf. Aber sei dem wie ihm wolle, jede Abmachung, die das deutsch-englische Verhältnis bessert und den beiden Ländern eine ruhige und friedliche Zukunft verheißt, wird von der Sozialdemokratie aufs lebhafteste willkommen geheißen.

Die bulgarisch-serbische Spannung

nimmt, da es an die Teilung der Beute gehen soll, an Verbösität ständig zu. Nach einem Belgrader Telegramm sind in Belgrad die politischen wie die militärischen Kreise auf einen plötzlichen Liebesfall der bulgarischen Truppen auf Mit- oder Neufürden gefaßt. Die ganze serbische Grenze gegen Bulgarien ist stark besetzt und mit Truppen versehen. In den neu erworbenen Gebieten werden nach dem Friedensschluß fünf neue Divisionen errichtet werden. Serbien ist bereit, Bulgarien lediglich sekundäre Angelegenheiten zu machen. Es will seinen Anteil an der Beute in Adrianopel im Werte von etwa 42 Millionen Franz Gulden überlassen und von der Forderung der Rückerstattung jener 18 Millionen Franz, die Serbien Bulgarien während des Krieges vorgezogen hat, absehen. Von Abtretung besetzter Gebiete könne aber keine Rede sein.

Bulgarisch-serbische Truppenkonzentrationen.

Paris, 15. Mai. Die Liberté schreibt: Nach einem in London eingetroffenen Telegramm aus Saloniki konzentrieren die Bulgaren 100 000 Mann zwischen Dobrua und Trumnika. Neue Truppen kommen täglich an. Die Serben haben diesen Truppen 80 000 Mann gegenüberstellen und weitere 100 000 Mann sind in Vorbereitung.

Die Ordnung in Estland.

Genève, 15. Mai. (Amst.) Zwischen Admiral Burnes und General Peltier ist über Estland folgendes vereinbart worden: Die montenegrinischen Offiziere, die für den Transport des bulgarischen Material zum Kriegsmaterial Vorkerkungen zu treffen haben, dürfen in der Stadt wohnen. Seitengewehr tragen und ihre Ordinanzen behalten; die montenegrinischen Soldaten, die den Transport des genannten Materials bewerkstelligen, betreten die Stadt, ohne Waffen zu tragen; bis zur Beendigung des Materialtransports werden einige montenegrinische Offiziere gemeinsam mit Offizieren des internationalen Detachements Polizeibeamtete ausüben; bis zur Anwendung von Post-, Telegraphen- und Hoffbranten werden montenegrinische Beamte in diesen drei Dienstzweigen verwendet; die montenegrinischen Soldaten, die mit den Transporten beschäftigt werden, können vom Admiral im Bedarfsfall zur Disziplinierung herangezogen werden.

Die Verzögerung des Friedensschlusses.

London, 16. Mai. Bulgarien hat, indem es seinen Gebieten in London zur sofortigen Unterzeichnung des Schlimmerfriedens beauftragte, einzig und allein aus Achtung gegen Griechenland gehandelt, welche zu wiederholten Malen geltend gemacht hätten, daß die Präliminarien sehr wohl von den Vertretern der Balkanstaaten, die sich zurzeit in London befinden, unterzeichnet werden könnten. Die Unterzeichnung hat jedoch nicht stattgefunden, da die Regierungen der anderen kriegführenden Länder ihren Vertretern solche Instruktionen nicht geschickt haben. Die Forderung Bulgariens in dieser Sache ist daher in keiner Weise auf irgend eine Meinungsverschiedenheit zwischen den Verbündeten zurückzuführen.

Kauf der Kriegsgefangenen.

Sofia, 15. Mai. Wie man der Wol. Korresp. aus Sofia meldet, führen die Gefangenen der Grochwälder mit der bulgarischen Regierung Verhandlungen über den Austausch der Kriegsgefangenen. Der Stand des Weingewerkschafts läßt erwarten, daß es möglich sein wird, sofort nach Unterzeichnung des Präliminarfriedens mit der Heimsendung der türkischen Gefangenen zu beginnen.

Rücktransport türkischer Truppen aus Albanien.

Wien, 15. Mai. Wie man der „Albanischen Korrespondenz“ aus Durazzo meldet, wird mit dem Rücktransport der türkischen Truppen Ezzad Paschas und Dschawid Weiss heute begonnen werden. Nach den Instruktionen, welche die Armeebefehlshaber von der Front erhalten haben, sollen diejenigen Soldaten, die ihre Militärzeit noch nicht abgedient haben, nach Konstantinopel gebracht werden, während die anderen nach dem ihrer Heimat nächstgelegenen Hafen transportiert werden. Ingesamt handelt es sich um circa 30 000 Mann. In Durazzo herrscht vollständige Ruhe.

Ein Kisten auf Eber See?

Mailand, 15. Mai. Einer Konularmeldung des „Secolo“ zufolge soll auf Eber See, als derselbe sich mit seiner Ordnung auf der Landstraße nach Suzzo Lichensiede befand, aus einem Hinterhalt mehrmals geschossen worden sein. Eber See soll vom Pferde gestürzt und von Soldaten hinweggetragen worden sein.

Die griechische Fahne auf Kana.

Athen, 15. Mai. Der General-Gouverneur von Areta, Dragamis, hat gestern auf der kleinen Insel Kana die griechische Flagge an der Stelle hissen lassen, wo früher die türkische Flagge sich befand.

Die Bedeutung der Konsumvereine.

Bewegte Debatte auf dem Evangelisch-sozialen Kongress.

In der Donnerstags-Sitzung des in Hamburg tagenden Evangelisch-sozialen Kongresses entfiel ein sehr interessantes Referat des Professors Dr. Wilbrandt, Lötzingen, eine erregte Debatte über die Bedeutung der Konsumgenossenschaften, die sich zu einer Auseinandersetzung über das ganze gegenwärtige Wirtschaftssystem erweiterte. Professor Wilbrandt — ein Sohn des bekannten Dichters Adolf Wilbrandt — der ein guter Kenner auch der sozialistisch-marxistischen Literatur ist, betonte nicht nur die große Bedeutung der Konsumgenossenschaften für die gegenwärtige Zeit, sondern legte auch dar, daß die Genossenschaften als Keimzellen für eine sozialistische Neugestaltung der Gesellschaft anzusehen sind. Ein Teil des Evangelisch-sozialen Kongresses war über diese günstige Auffassung Wilbrandts vom Wesen der Konsumvereine äußerst aufgebracht.

Einige Redner aus Hamburg zogen in der Art engherziger Mittelstandspolitiker gegen die Konsumvereine zu Felde. Sie waren geradezu entsetzt, daß so wie es Wilbrandt getan, auf einem „Staatsstreuen“ Kongresse zugunsten der „sozialdemokratischen Konsumvereine“ gesprochen werden konnte. Andererseits wurden die Behauptungen dieser Konsumvereinsgegner durch die Vertreter des Konsumvereinsgedankens, Lauffütter und Dr. August Müller, widerlegt. Allerdings muß es äußerst befremdlich wirken, daß August Müller die Gelegenheit nicht vorbeigehen ließ, ohne sich gegen die Sozialdemokratie zu wenden, weil diese auf ihren Kongressen mit Recht die Auffassung vertreten hat, daß die Konsumvereinsbewegung mit sozialistischem Geist erfüllt werden soll.

Ferner traten gegen die kleinlichen Mittelstandsbedenken der Hamburger Redner auch Professor Gregory-Hamburg und der greise Professor Adolf Wagner, der Begründer und Führer des Evangelisch-sozialen Kongresses, auf. Professor Wagner erhob sich, erfrisch durch die Anregungen, die ihm sein Schüler Wilbrandt gegeben, zur Höhe einer anti-kapitalistischen Polemik, wie er sie in seinen besten Jahren nicht schärfer gehalten hat. Vieles, was Professor Wagner über die Bedeutung der Konsumvereine, über das Spiel an der Börse, über den unsinnigen Luxus, über die Notwendigkeit höherer Gesellschaftsformen sagte, ist auch uns Sozialdemokraten aus dem Herzen gesprochen und stimmt zu dem, was wir selbst oft genug gesagt haben. Dabei überleben wir freilich die Schwächen und Unzulänglichkeiten des Wagnerischen „Sozialismus“ keinen Augenblick. Der greise Gelehrte glaubt noch immer an seinen „Staatssozialismus“, den er als den „gesunden“ und „patriotischen Sozialismus“ in einen Gegensatz zum Sozialdemokratismus setzt. Gerade aber das Problem der Konsumgenossenschaften lehrt doch augenscheinlich und eindringlich, daß der heutige Staat, da er ein Instrument der kapitalistischen und mittelständlichen Klassen ist, nicht geeignet ist, die neuen Formen des Gesellschaftslebens zu entwickeln. Weikämpft doch der heutige Staat die Konsumgenossenschaften wie alle anderen selbständigen Regungen der arbeitenden Klassen mit allen möglichen Mitteln der hemmenden Gewalt. Vielmehr sind es die arbeitenden Klassen selbst, die dieses Bild sozialistischer Vorarbeit innerhalb der kapitalistischen Ausbeutungsgesellschaft mit ungeheurem Fleiß in ihre Hände genommen haben. Sozialismus kommt nicht von oben, nicht vom heutigen Klassenstaat, er kommt von unten, aus der Arbeiterklasse. Er kommt auch nicht etwa allein durch genossenschaftlich-wirtschaftliche Arbeit, sondern vor allem auch durch den gewerkschaftlichen und den politischen Kampf der Arbeiterklasse.

Wenn Männer wie Wagner und noch klarer und bewußter Wilbrandt an dieser Aufwärts- und Umgestaltungsbewegung ein wenig mitwirken wollen, so ist das der Sozialdemokratie willkommen. Dabei brauchen wir uns durch die Bemerkungen der Professoren, die gegen uns gerichtet sind, nicht stören zu lassen.

Hg. Hamburg, 15. Mai.

Professor Dr. Wilbrandt führte aus:

Die Konsumgenossenschaft ist eine freie Gemeinschaft, die den gemeinsamen Vorteil ihrer Mitglieder anstrebt. Denkt man sie durchgeführt durch Zusammenschluß aller Konsumenten und durch entsprechende Angliederung aller Produktion, so würde die Gemeinwirtschaft an Stelle des heutigen Geschäftverkehrs zwischen den einzelnen getreten sein. Die Bedeutung der Konsumgenossenschaften zeigt sich zunächst in ihren schon erreichten Erfolgen einer Verbilligung und Verbesserung der Produkte für die Mitglieder als Konsumenten und einer sozialen, hygienischen, technischen Ordnung der Angestellten als Produzenten. Aber die ganze Bedeutung der Konsumvereine tritt erst hervor, wenn man sich den Zusammenschluß der Konsumenten und die Angliederung der Produktion in allmählicher Wellenbildung vorstellt. Die große Masse des Volkes aus der Bevölkerung mittelalterlichen Handwerkslebens ist in die proletarische Abhängigkeit vom Unternehmer, gelangt auf diesem Wege allmählich zu einer Befreiung aus der heutigen Herrschaft des Großkapitals und des Großgrundbesitzes. Die privaten Einkommen, etwa 10 Milliarden jährlich im heutigen Deutschland, fallen größtenteils an die Gesamtheit der Konsumenten, soweit sie nicht zur Bedienung der Angestellten als Produzenten sowie zu gemeinnützigen Zwecken ver-

wendet werden. Die Organisation der Konsumvereine, die die Konsumgenossenschaft vollziehen, besteht die Unfähigkeit des Abfahrs und damit all die Unwirtschaftlichkeit, die durch die Abfahrs in der heutigen Volkswirtschaft bewirkt wird, wie das an dem Vordringen von Arbeitskräften und Produktionsanlagen sowie an den kostspieligen Vermittlungen um Absatz deutlich sichtbar ist. Die Volkswirtschaft, heute ein wühlender Ausdruck für die gegenseitige Abwertung und Bekämpfung der einzelnen Volkswirtschaften, wird in diesem Zustand festgehalten durch die Abfahrsicherheit, die den Staaten ein solches Verhalten auferlegt. Diese Abfahrsicherheit wird behoben durch Konsumgenossenschaftliche Produktion im Auftrag der vereinigten Konsumenten. Die Politik gegen die Konsumvereine beruht auf einem Mangel an Verständnis für die Bedeutung der Sache. Die Bekämpfung der Konsumvereine im Namen der Mittelstandspolitik läuft darauf hinaus, daß um des kleinen Restes willen, der von den „Selbständigen“ noch übrig ist, der großen, längst in Abhängigkeit gestürzten Masse beraubt wird, sich empör zu ringen zu einem gemeinschaftlichen Eigentum, das in der einzig möglichen Form die verlorenen Unabhängigkeit wieder herstellt und den oft nur noch kümmerlich existierenden „Selbständigen“ den denkbar günstigsten Übergang gewährt in die uns allen unvermeidlich gewordene Position des Angehörigen einer großen leistungsfähigen Organisation.

Die innere Spaltung unseres Volkes beruht im letzten Grunde auf der Abhängigkeit der Massen vom privaten Besitzinteresse. Diese Abhängigkeit, diese innere Spaltung allmählich zu beseitigen, ist die nationale Mission der Konsumgenossenschaftsbewegung. Die innere Spaltung unseres Volkes, die es nach außen schwächt und unsere nationale Kultur zerschneidet, beruht im letzten Grunde auf der bewußtgewordenen Abhängigkeit der Massen vom privaten Besitzinteresse. Die Wiedervereinigung mit dem Ganzen der Nation kann nur durch die Überwindung jener Abhängigkeit erfolgen. Dies allmählich anzubahnen und so die innere Spaltung zu beseitigen, ist die nationale Mission der Konsumgenossenschaftsbewegung. Die soziale Lehre des Christentums, ein fremder Gast in der heutigen Gesellschaft eines egoistisch orientierten Geschäftsverkehrs, wird durch die Gemeinwirtschaft der Konsumgenossenschaft der Verwirklichung näher gebracht. Denn miteinander stellt gegeneinander, daß in eine Welt von dem nachdringenden Egoismus, den das heutige Leben jedem einzelnen aufzwingt. Die Konsumgenossenschaftsbewegung wird in einer künftigen Entwicklung so systematisch gefördert werden, wie sie durch das Prinzip des Geschäftsverkehrs von heute systematisch unterdrückt wird. (Lebh. Beifall.)

In der Debatte kam zunächst ein Gegner der Konsumgenossenschaftsfrage zu Wort, der die Hamburger Bürgergenossenschaft Wachtler zu Wort, der jagte, daß Konsumvereine zu gewissen Zeiten und in gewissen Gegenden ihre volle Berechtigung haben mögen. Aber in Hamburg sind Konsumvereine nicht notwendig. (Lachen und Widerspruch.) In einer Großstadt wie Hamburg, wo der Groß- und Kleinhandel so weit verbreitet ist, brauchen wir keine Konsumvereine. (Widerpruch.) Der evangelisch-sozialistische Kongreß darf Konsumvereine nur dann befürworten, wenn sie zwei Eigenschaften besitzen: einmal wenn sie besser und billiger verkaufen und dann, wenn sie politisch neutral sind. Beides trifft auf die Konsumvereine in Hamburg nicht zu. (Lebh. Widerspruch.) Die Mitglieder sehen selbst ein, daß sie bei den Konsumvereinen nicht billiger kaufen, und darauf ist es zurückzuführen, daß ein hoher Prozentsatz der Mitglieder der Konsumvereine ihren Bedarf nicht in den Konsumvereinen deckt. (Widerpruch.) Die Mitglieder werden vielfach durch Zwang zum Beitritt in den Konsumverein gezwungen. Es wird da nach dem Grundsatze gehandelt: Und willst du nicht mein Feind sein, so schlage ich dir den Todtschlag ein! (Zustimmung und Widerspruch.) Auch Prof. Wilbrandt weicht ich dabei, daß die Konsumvereine sozialdemokratische Institutionen sind. Wenn es dem Prof. Wilbrandt gelingen sollte, mit den Konsumvereinen die Sozialdemokratie zu bekämpfen, dann wird er einer der bewegtesten Männer dieses Jahrhunderts werden. (Beifall und Lachen.) Nur 205 Konsumvereine gehören in Deutschland dem bürgerlichen Bürgergenossenschaftlichen Verbande an, während über 1000 Konsumvereine dem sozialdemokratischen Verbande angehören. (Lebh. Beifall.) Professor Wilbrandt hat nur die Vorzüge der Konsumvereine, die Bewegung geschätzt, nicht die Schattenseiten. In Hamburg sind etwa 120 000 Einwohner Mitglieder der Konsumvereine. Rechnen wir dazu, daß auf jede Familie durchschnittlich 4 bis 5 Köpfe entfallen, so kommt heraus, daß die halbe Bevölkerung Hamburgs Mitglieder der Konsumvereine sind. Was soll nun aus den Leuten werden, die sich bisher vom Zwischenhandel redlich ernähren? Prof. Wilbrandt meint, diese kümmerlichen Reste müßten verschwinden. Es ist sehr bedauerlich, daß man auf einem evangelischen Kongreß so etwas hören muß. (Sehr richtig!) Alle Handwerker und Kleinvertriebsbetriebe sollen also nach den Ausführungen von Prof. Wilbrandt einmünden und aufhören. Ist das eine christliche Moral? (Wraso und Lachen.)

Vorsitzender Professor Dr. D. Baumgarten (unterbrechend): Diese Ausführungen sind doch nicht am Platze. (Zustimmung.) Der Referent hat nur gesagt, daß die selbständigen Handwerker und Kleinvertriebsbetriebe nach ihrer Aufstellung finden sollen in den großen Konsumvereinen. Das aber hat doch mit dem evangelischen Charakter unseres Kongresses nichts zu tun. (Stürmische Zustimmung.)

Bürgergenossenschaftliches Wachtler (fortfahrend): Für die Sozialdemokratie sind die Konsumvereine nur ein Mittel, um ihre revolutionären Ziele zu erreichen. Wenn der Zwischenhandel ausgeschaltet wird und alles dem Konsumverein überlassen bleibt, dann haben wir den sozialistischen Zustand erreicht. Der Kongreß sollte nicht nur auf die Arbeiter denken, sondern auch auf die anderen Klassen. Wenn Professor Baumgarten gelte, er sagt, daß evangelisch-sozial und staatsrechtlich sei dasselbe, so erwidern wir vom Mittelstand: der Mittelstand ist auch staatsrechtlich und verlangt von Ihnen Unterstützung. (Lebhafte Beifall und hartes Lachen.)

Schriftlicher Konsumvereine: Es wird kein Terrorismus ausgeübt. Vielmehr ist der Beitritt zu den Genossenschaften ein Akt der Freiwilligkeit. (Zustimmung.) Aber es ist bestrebte Mode geworden, vom Zwang zu reden. Die Frage ist, ob die Konsumvereine eine höhere Form der wirtschaftlichen Entwicklung sind, und diese Frage muß beachtet werden. Ich behaupte, daß in der Genossenschaftsbewegung das Prinzip, daß jede unnütze Profiteure und -berufung beseitigt werden soll, die treibende Kraft ist. Der Zwischenhändler verrichtet manchmal sehr viele Arbeit, aber unproduktive Arbeit. (Sehr richtig!) Seine Tätigkeit grenzt sehr häufig direkt an Wucher. (Sehr richtig!) Ferner steht in der Genossenschaftsbewegung ein wichtiges ethisches Moment. Das Schenken der Großhandelsbetriebe nach irgend etwas, was die einen Reichtum, die anderen Personlichkeitskultur nennen, kann durch die Genossenschaftsbewegung erfüllt werden. (Sehr richtig!) Die Konsumvereinebewegung ist nicht nur eine wirtschaftliche Frage, nicht nur eine Fragenfrage, sondern auch eine Erziehungsaufgabe. (Sehr richtig!) Der Mittelstand hat das Recht, und das Recht wird ihm niemand bestreiten, auf Kunden zu warten und Kunden an sich zu fesseln. Aber er hat nicht das Recht, die Käufer in irgend einer Weise, sei es gesetzlich, sei es moralisch, zu hindern, von ihrer Kaufkraft den Gebrauch zu machen, der ihnen gut erscheint und den sie mit ihrem sozialen Gewissen vereinbaren können. (Sehr richtig!) Der Mittelstand hat auch nicht das Recht, mit dem ersten Lappen zu schwärzen und dadurch gegen die Konsumvereine Stimmung zu machen. Das weise ich vom evangelisch-sozialen Standpunkt mit Entschiedenheit zurück. (Lebhafte Beifall.)

Bürgergenossenschaftliches Jacobson-Hamburg: Frau, Freund, alle Theorie und hat im Räume haben sich die Sachen. Die Ausführungen des Professors Wilbrandt waren Lustgebilde. Der Mittelstand wird durch die Genossenschaftsbewegung in das Proletariat herabgezogen. Die Konsumvereine sind nur gegründet worden, um den Agitatoren der

Sozialdemokratie Stellen zu verschaffen. Es ist nicht sozial, wenn man in dem Konsumverein etwas billiger einkauft und das andere Geld in den Wirtschaften veräußert. Es ist nicht sozial, billiger einzukaufen und das andere Geld in den Arneien zu verlaufen. (Große Unruhe und Lachen.) Wir verfolgen den Grundsatze: Leben und leben lassen. Die Sozialdemokratie aber will nur Leben und überläßt es den Bürgerlichen, die Arbeiterkinder in die Sommerferien zu schicken. Das Geld der Konsumvereine wird für andere Zwecke verwendet. (Unruhe.)

Redakteur Dr. August Müller-Hamburg: Es mag sein, daß die Konsumvereine unter Umständen nicht billiger verkaufen als der Einzelhandel. Die Konsumvereine haben niemals das Bestreben gehabt, die billigen Preise zu haben. Es ist unter Umständen viel seltener, einen höheren Preis zu zahlen, wenn man die Garantie hat, daß das Produkt nicht unter den schlechtesten Umständen der Heimarbeit oder bei einer 17stündigen Arbeitszeit angefertigt ist. (Zustimmung.) Die Konsumvereine in Preussisch-Brandenburg sind nicht so dumm, daß sie sich in die Konsumvereine hineinreißen lassen, weil das angeblich eine Parteipolitik sein soll. Nach dem Gesetz müssen die Konsumvereine neutral sein. In Deutschland ist noch nicht ein einziger Konsumverein aufgelöst worden, weil er politische Zwecke verfolgte hätte. Sie können sich doch denken, daß in manchen Teilen unseres Vaterlandes die Staatsgewalt sehr gern von der Möglichkeit der Auflösung Gebrauch machen würde, wenn diese Möglichkeit vorläge. Man beruft sich, um den politischen Charakter der Genossenschaftsbewegung zu beweisen immer nur darauf, was die Sozialdemokratie sagt. Wir von der Genossenschaftsbewegung sind nicht verantwortlich für die Verschlässe von Kopenhagen und Magdeburg; wie können die Verantwortung ausdrehen ab und sind nur verantwortlich für das, was wir tun, was wir schreiben und was wir sagen. Es gibt in Preussisch-Brandenburg keinen Genossenschaftler, der einer Politisierung der Genossenschaftsbewegung das Wort redet. (Beifall.)

Professor Dr. Gregor-Wilpzig: Wer Sozialdemokraten in den Konsumvereinen arbeiten sieht, wird sie schätzen lernen, denn in den Konsumvereinen arbeiten die Sozialdemokraten gut. In Kopenhagen und Magdeburg ist nun beschlossen worden, daß die Konsumvereine mit sozialistischem Geiste durchdringt werden sollen. Die Gebildeten haben in den Konsumvereinen Gelegenheit, das Volk kennen zu lernen. Die Gebildeten haben viel zu wenig Ahnung, wie es bei dem Volke aussieht. (Sehr richtig!) Es wird gesagt, der Mittelstand müsse erkaufen leiden. Gewiß gibt es einen allerschlechtesten Mittelstand. Aber es haben sich auch viele Erbsen zum Mittelstand angewandt, die eigentlich in ihn nicht hineingehören, und diese scheelen und tun so, als ob sie der ganze Mittelstand aus ihnen zusammengeleget hat. Die Welt geht weiter und wir können nichts daran ändern, daß dabei Erbsen wirtschaftlich vernichtet werden. Es ist bedauerlich, daß die Konsumvereine mit Sondersteuern belegt werden und daß in manchen Bundesstaaten den Beamten verboten ist, den Konsumvereinen anzugehören. Ta redet man von national. Wer im Arbeiterkreise ist, darf nicht einem Konsumverein beitreten. Was ist national? Ich behaupte, daß auch die Sozialdemokraten national sind. (Zustimmung und Widerspruch.) Weder selbst ist national, das auf die Knochen, und das gilt für die ganze Sozialdemokratie. (Zustimmung und Widerspruch.) Ich kenne keinen deutschen Sozialdemokraten, der sich nicht als Deutscher fühlt, und das ist die Hauptsache. (Lebhafte Beifall.)

Professor Dr. Baumgarten: Ich möchte davor warnen, daß diese Ausführungen als offizielle Kundgebung des Kongresses herausgehen. Ich z. B. teile diese Anschauungen nicht.

Als nächster Redner tritt, von lebhaftem Beifall begrüßt, Geheimrat Adolf Wagner Berlin zu Wort: Ich kann nur sagen, daß ich durch die Ausführungen des Professors Wilbrandt freudig überrascht worden bin, und ich stimme ihm in allen wesentlichen Hauptpunkten zu. (Beifall.) Seine großen historischen Prospektive haben allerdings bei mir gewisse Zweifel hervorgerufen, aber mich doch zu einem gewissen Glauben an seine Darlegungen gebracht. Professor Wilbrandt gehört zu den fortschrittlichsten der Staatssozialisten oder Nationalsozialisten. (Beifall.) Er geht weiter als wir Arbeiter, aber er bewegt sich auf denselben Bahnen und er geht von denselben Anfangsgrundsätzen aus und kommt nur auf Grund seiner neuen Entdeckungen zu weiteren Zielen. Seine Ausführungen spielen darin — und das ist der Punkt, weshalb sein Vortrag für den evangelisch-sozialen Kongreß eine so große Bedeutung hat —, daß er überhaupt einmal mindestens die Möglichkeit in Aussicht gestellt hat, unser gegenwärtiges Wirtschaftssystem, das auf einem ganz außerordentlich geläufigen Privatgenossenschafts- und Familiengenossenschafts-Vertrah, als veraltet und veränderlich hingestellt hat. Das sind Gedanken, die in weiten Kreisen noch Kopfstöße hervorrufen, aber er hat mit seinen Gedanken dargestellt, daß eine solche Entwicklung gerade vom Standpunkt einer christlichen Weltanschauung aus außerordentlich wünschenswert sein würde. (Beifall.) Wir können uns darüber nicht täuschen, daß durch den untern freien Konkurrenzsystem angepaßten kapitalistischen Geist die stilles Grundanschauungen von Mein und Dein wesentlich geschädigt worden sind.

Gewiß, wir sind alle von Natur aus Egoisten, aber das kapitalistische System hat alles getan, um diesen egoistischen Trieb noch zu steigern. Auf Grund dieses Systems ist gefogt worden, daß alle anderen Triebe Torheit und Irrsinn sind. Prof. Wilbrandt hat nur gezeigt, nicht in sozialdemokratischer Weise, aber in gründlicher und richtiger sozialistischer Weise, daß wohl eine andere Weltanschauung ist. Wir haben hier in Hamburg neben Loden und Reuborn mit in der ersten Weltanschauung. Hier können wir sehen, wie der kapitalistische Geist noch allen Seiten aus recht bedenkliche Wirkungen gehabt hat. Es hat sich verbreitet die Sucht, nicht durch Arbeit, nicht durch regelmäßige Sparmittel von den Ueberflüssen des Arbeiterertrages, sondern durch Spiel Gewinne zu erzielen. Ich denke an das Spiel an der Börse. Was ist im Grunde genommen das Wirtschschaft anders als Spiel? Es gibt von diesen Geschäften noch heute das Wort Lauffuß, der gerade hierüber richtig urteilt, als er sagte: „Bei all diesen so genannten Spekulationsgeschäften dreht es sich in erster Linie um Momente, die wir im voraus nicht wissen können.“ Der Erfolg hängt nur in geringem Maße von unserem Fleiß ab, größtenteils vom Zufall. Denken wir doch daran, wie heute durch irgend eine wichtige Nachricht aus einem entfernten Erdteil die Kurse zu stürzen beginnt. Will man da behaupten, daß diese Geschäfte auch nur einermachen auf einer sicheren Grundlage beruhen? Wenn nun alle Erwerbskreise sich an diesem Spiel beteiligen, so muß das förmlich schädigend wirken. Wenn wir hier den können Gedanken einer Wirtschaftsbewegung äußern, bei der der tauschgeschäftliche Charakter möglichst eingeschränkt, ja vielleicht ganz ausgeschlossen ist, und wenn wir da Ziele angedeutet finden in der genossenschaftlichen Bewegung unserer Tage, so ist das etwas, was gerade vom Standpunkt eines evangelisch-sozialen Kongresses aus am Platze, ja zu begründen ist. (Beifall.) Unser heutiges Erwerbsleben mit seinem wirtschaftlich egoistischen Trieb treibt unvermeidlich weg von den sittlichen Grundlagen einer gesunden Volkswirtschaft. Möglicherweise erwerben, ganz gleich auf welche Art, ohne Rücksicht auf Mittel und Wege, das ist das Ziel unseres Erwerbslebens. Diese bedenkliche Seite dürfen auch die Vertreter des Mittelstandes nicht verkennen. Sind denn überhaupt die Konsumvereine schuld an der schwierigen Lage, in der sich der Mittelstand befindet? Nein, viel mehr Schuld trägt die kapitalistische Konzentration in den Warenhäusern. Wir sehen es schon heute, daß in der Leipziger Straße in Berlin vom Tönhoffplatz bis zum Potsdamer Platz keine ein Drittel des Handels den beiden großen Warenhäusern Lief und Wertheim gehört. Die Mittelstandsbewegung sollte von der Gefahrung verlangen, daß durch eine hohe Besteuerung diese riesenhafte Entwicklung verhindert wird, aber die Mittelstandspolitik sollte sich nicht gegen die Konsumvereine wenden. (Beifall.) Wir müssen den Sozialdemokraten das Recht bestreiten, ihre Auffassung vom Sozialismus als

die allein richtige anzusehen. Der Sozialismus ist etwas viel höheres als der Sozialdemokratismus. Der Sozialdemokratismus ist vielfach nur eine Verzerrung des Sozialismus, und die Sozialdemokraten sind nicht berechtigt, den gesunden Sinn des Sozialismus für sich allein zu verjagen. Wenn wir die bestehenden Schäden der kapitalistischen Wirtschaftsordnung beseitigen wollen, dann müssen wir Sozialisten im richtigen Sinne des Wortes werden. Wir dürfen vor diesem Ausdruck keine Angst haben. Das ist eine Freiheit weiter Kreise. (Beifall.) Der Sozialismus enthält große weltgeschichtliche Probleme, die gerade mit dem Christentum in naher Verbindung stehen. (Sehr richtig!) Wenn wir aus dem maßlosen kapitalistischen System herauskommen und in einen gesunden Sozialismus hineinfinden wollen, so darf das nicht geschehen nach sozialdemokratischem Rezept, sondern nach dem Rezept des Staatssozialismus: Staatsbahnen, Staatsbergbau, Staatsforstwesen, Staatsdomänen usw. Da hat Preußen vorbildlich gearbeitet. Früher hat man das alles als Sozialismus bezeichnet. Es eignen sich sehr viele Dinge für die Verstaatlichung und die Kommunalisierung. Vieles aber auch eignet sich nicht dafür, und das muß die genossenschaftliche Bewegung einsehen.

Professor Wagner wandte sich dann gegen den August Wagner und schloß: Wir bekämpfen nicht nur die geringen Einkommen der Proletarier, sondern wir bekämpfen ebenso die zu großen Einkommen und die zu großen Vermögen. (Beifall.) Der Staat hat für Recht und Ordnung zu sorgen und dazu muß er die notwendigen Mittel haben. Dazu gehört auch, daß er die Großvertriebe der privaten Wirtschaft entzieht. Viele halten diesen Gedanken noch für sehr gefährlich und sie werden sagen: Der alte Wagner ist mit seinen 80 Jahren immer noch nicht vernünftig geworden und redet so ein Zeug. (Weiterzeit.) Und sie werden hinzufügen: Sein jüngerer Kollege Wilbrandt ist noch viel schlimmer, das ist nun die Frucht eines halben Jahrzehntes. (Weiterzeit.) Nun, ich traue mich, es wird die Zeit kommen, wo man einfacher wird, wie richtig es war, daß ich diesen gefunden, nationalen, patriotischen Sozialismus am Schluß dieses Kongresses zur Sprache gebracht habe. (Stürmische, sich mehrfach wiederholende Beifall, Kundgebungen.)

Nach einigen weiteren Bemerkungen von Prof. Mathias Hamburg, Herr Dr. Schmidt-Berlin, Geschäftsführer Lorenz-Hamburg und Hauptreferent Professor Baumgarten schloß die Aussprache. Damit hatten die Verhandlungen des Kongresses ihr Ende erreicht.

Deutsches Reich.

Kruppsche Stimmungsmache.

Aus Essen verbreitet das offizielle Wolffsche Telegraphenbureau folgende Krupp-Notiz:

„Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, hat die Firma Krupp, zu deren Geschäftszugehörigkeiten es bisher nicht gehörte, ihr zugehörigen Drehbrieffen irgendeine Beachtung zu schenken, sich in Verfolg der bekannten Reichstagsverhandlungen inzwischen in mehreren Fällen verhalten gesehen, derartige Drehbrieffe, die ihr in letzter Zeit von früheren Beamten zugegangen sind, der königlichen Staatsanwaltschaft zur weiteren Verfolgung zu übergeben. Wie weit durch die öffentlichen Erörterungen einer noch völlig unaufgeklärten Sachlage eine Verwirrung der Geister eingetreten ist, wird am besten durch die Tatsache bezeugt, daß einer dieser Erpresser es gewagt hat, in solchem Drehbrieff eine vor Jahren im Auftrage der Familie Krupp durch die Firma erfolgte Ueberweisung eines Betrages von 250 000 M. für das Offizier-Genossenschaftsheim im Taunus, für das bekanntlich damals von den verschiedensten Seiten zahlreiche Stützungen gemacht worden sind, als Unterprovision für das Militärkabinett Seiner Majestät des Kaisers zu bezeichnen.“

Es kann natürlich leicht geziehen, daß irgendwelche gleichgültige Personen dumme Briefe an die Firma Krupp schickten. Es ist aber sehr merkwürdig, daß die erhaltene Firma es für nötig hält, einen solchen Brief mit großem Geräusch in die Öffentlichkeit geben zu lassen. Mit solchem Verstand wird sich die Firma nur in den gesteigerten Verdacht bringen, daß sie durch Ausführung von Nebenabsichten und Gleichgültigkeiten von der Hauptfrage abzulenken bemüht ist. Es wird der Krupp-Firma aber nicht gelingen, durch nur allzu durchsichtige Manöver die wirklichen Verfehlungen ihrer Angehörigen zu vertuschen oder zu beschönigen. Je mehr die Firma sich zu entschuldigen sucht, um so mehr wird in der deutschen Bevölkerung auf ihr Schuldgefühl geschlossen werden.

Laband als Helfer des Absolutismus.

Aus Anlaß der Nützlichkeitskassette hat der Reichstag die Einsetzung einer Untersuchungskommission beschlossen. Die weitergehenden Vollmachten für diese Kommission, die von der sozialdemokratischen Fraktion gefordert wurden und die allein die Sicherheit bieten, daß die Kommission erprießliches vollbringen kann, sind von der Mehrheit des Reichstags abgelehnt worden. Der Staatssekretär Dr. Delbrück hatte aber sogar auch noch Bedenken gegen die vom Zentrum beantragte Zusammensetzung der Kommission. Jetzt tritt Professor Laband im letzten Heft der Deutschen Juristenzeitung als Anwalt der reaktionären Regierungen auf. Laband kommt nach einer längeren Betrachtung zu folgendem Ergebnis:

„Der Reichstag ist berechtigt, aus seinen Mitgliedern Kommissionen für jeden zu seiner Beständigkeit gehörenden Gegenstand zu bilden, insoweit für alle den Reichstag betreffenden Fragen. Es kann dies die Budgetkommission oder eine Sonderkommission sein. Diese Kommission hat aber keine weitergehenden Rechte als der Reichstag selbst. Die Kommission kann niemand zur Anklage zwingen, kann auch nicht die Vorlegung amtlicher Akten erzwingen. Die Regierung ist zur Auskunftserteilung nur in dem bisher üblichen Rahmen verpflichtet, gesetzliche Grenzen für eine solche Pflicht sind nicht gezogen. Nicht berechtigt ist der Reichstag, eine Kommission zur Untersuchung von Tatsachen einzusetzen, welche zum Teil aus Reichsangehörigen — Reichsbeamten oder Prinzenperson — besteht. Dem Reichstag steht über solche Veronen keinerlei Verfügungsbrecht zu. Auch darf eine solche Kommission nicht mit Verfügungen betraut werden, die in den Bereich der Verwaltung eingreifen. Allein der Kaiser hat das Recht, besondere Untersuchungskommissionen zu berufen und ihre Befugnisse festzusetzen. Es würde über die im Organismus des Reiches dem Reichstage zugehörige staatsrechtliche Stellung hinausgehen, wenn dem Reichstag eine Mitwirkung hierbei eingeräumt werden würde. Der Reichstag kann deshalb nur auf dem Wege einer Resolution einen Wunsch, wie z. B. betreffend die Errichtung einer Kommission zur Prüfung der Nützlichkeitskassette für Meer und Flotte, aussprechen. Vorchriften über die Zusammenziehung dieser Kommission zu machen, steht ihm nicht zu. Da der Reichstag seine Rechte sorgsam hütet, muß auch das Recht des Kaisers unangefast bleiben.“

Keine Kommission — so vom Kaiser oder vom Reichstag eingesetzt — hat aber an sich das Recht der Vernehmung oder Verurteilung von Zeugen; die Einsetzung einer Untersuchungskommission begründet für niemand die Pflicht zur Aussage. Dies kann nur

durch ein Gericht bemerkbar werden oder durch einen besondern Befehl.

Professor Laband bewährt sich wieder einmal als Dolmetsch des Reichsstaatsrechts zugunsten des Regierungsabsolutismus. Er springt der Regierung bei, damit sie nur ja nicht eine den Reichstagsgeheimnissen günstigere Auffassung zulassen soll. Selbst wenn aber die übertrieben reaktionäre Auslegung, die Professor Laband vertritt, nach dem Buchstaben der Verfassung richtig wäre, so würde daraus allerdings nur das gefolgert werden müssen, was Laband selbst am Schluss seiner Ausführungen andeutet, nämlich die Aenderung der betreffenden Gesetzesbestimmungen. Gerade der Fall der Krup'schen Affäre ist ein Beispiel, das die Notwendigkeit, dem Reichstag die Befugnis zur Einlegung von Untersuchungskommissionen zu geben, die auch wirklich geeignet sind, Licht in dunkle Ecken zu bringen!

Zentrumslehre in der Deckungsfrage?

Der Vorsitzende der Zentrumsfraktion, Abg. Dr. Spahn, hat am Mittwoch in Bonn eine Rede gehalten, in der er sich scharf gegen eine Erbschaftsteuer ausspricht. Dann aber sagte er weiter:

„Anderer liegt es mit der Reichsbermögungssteuer, die die Steuerpflichtigen zu ihren Lebzeiten gleichmäßig belastet und mit der Steuerpflicht an ihre Wahlpflicht erinnert, sie politisch erzieht. Der Reichstagsler hat im Reichstag in ersten Ausführungen dargelegt, daß eine Reichsbermögungssteuer für den Bundesrat unannehmbar sei, allerdings ohne das „Unannehmbar“ auszusprechen. Budgetkommission und Reichstag werden mit seinen Ausführungen rechnen müssen. Um dieses Seiteles willen sollte die Durchführung der Wehrvorlage nicht verschoben werden.“

Wenn man diese Ausführungen nicht lediglich als ein Mahnwort betrachtet will, dann würden sie eine völlige Schwärzung des Zentrums ankündigen. Vielleicht, daß das Zentrum einseht, daß die im Reichstag vorhandene Mehrheit für die Erbschaftsteuer doch nicht zu erschüttern ist und daß man unter diesen Umständen dann lieber einer Reichsbermögungssteuer zustimmen will. Wenn es gar nicht anders geht, dann werden vielleicht auch die Konservativen dafür zu haben sein, um so mehr, als diese Steuer mehr das mobile Kapital, weniger aber den agrarischen Grundbesitz treffen würde. Dem schwarzblauen Bloß muß vor allen Dingen daran liegen, die Einführung der Erbschaftsteuer zu verhindern, und es scheint, daß namentlich die Reichsbermögungssteuer die Grundlage für eine Verständigung der bürgerlichen Parteien bilden soll.

Im Dom zu Speyer.

Aus Ludwigshafen wird berichtet: In der Pfälzischen Post ergreift der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Joseph Huber-Ludwigshafen an leitender Stelle das Wort zu dem Streit über das Wahlbündnis von 1899 zwischen Zentrum und Sozialdemokraten. Er tritt damit aus einer lange aus persönlichen Gründen beobachteten Reserve heraus, um als Mitbeteiligter der Darstellung entgegenzutreten, die der Reichstagsabg. Dr. Jaeger in der Allgem. Rundschau über die Vorgänge im Dom zu Speyer unter der Ueberschrift: „Die Fabel vom Wahlbündnis im Kaiserdom“ gegeben hat, und um die Wichtigkeit der vom Abgeordneten v. Wolmar in der Pfälzischen Post vom 31. Oktober 1911 gemachten Ausführungen zu erklären. Huber erklärt, daß mit den von Wolmar Artikel vorkommenden Worten „und noch einer“ nicht der als Mittelsmann tätig gewesene Saltwirt Schaefer gemeint sei, wie Dr. Jaeger glauben machen will, sondern er selbst, Huber. Wolmar habe seinen (Huber's) Namen verschwiegen, damit immer noch jemand da sei, falls man die Sache anders darstellen wollte. Lieber die bei der Besprechung in der Stropfa anwesenden Personen gibt Huber im Gegensatz zu den Behauptungen Dr. Jaeger's, daß bei dem Besuch Wolmar's im Kaiserdom nur vier Herren anwesend waren, die überraschende aber bündige Erklärung ab: „Es waren zugegen von sozialdemokratischer Seite v. Wolmar, Ehrhardt und Huber, ferner der Mittelsmann Schaefer und von anderer Seite der Domkapitular Dr. Jümmern und „noch einer“. Dieser „noch einer“ war kein anderer als der jetzige Erzbischof in München, Dr. v. Bettinger.“

Eine neue Hohenzollernlegende.

Zum Regierungsjubiläum des Kaisers soll ein Werk erscheinen, das die Entwicklung der sozialen Kultur und der Volkswohlfahrt während der Regierungszeit des Kaisers in ausgewählten Abschnitten behandelt. Offiziell wird dazu gemeldet: „Die ersten Forscher und Kenner der einzelnen Gebiete haben sich mit hervorragenden Vertretern der obersten Reichs- und Staatsbehörden vereinigt, um durch die Schilderung der gemalten Veränderungen der letzten Jahrzehnte auf den verschiedensten Gebieten des Volkslebens die Früchte und Segen der ersten 25 Regierungsjahre unseres Kaisers zur Darstellung zu bringen. Plan und Mitarbeiterverzeichnis haben die Billigung des Kaisers gefunden.“

Während II. Reich bekanntlich auf dem Standpunkt, daß für den deutschen Arbeiter „bis in sein hohes Alter hinein“ geforgt sei. Diese unzutreffende Auffassung dürfte auch die Richtlinie für das neue Werk sein, das also nicht ein objektives Geschichtsbuch, sondern eine byzantinische Hohenzollernlegende darstellen wird.

Das Jagabüchlein.

Die Gepflogenheit einiger Industriezweige, den Käufern ihrer Artikel Jagabüchlein zu verabreichen, hat zu der im preussischen Landtag angestellten Forderung geführt, dieses System zu verbieten. Das preussische Ministerium des Innern hat deshalb die maßgebenden Interessentkreise zur gutachtlichen Äußerung aufgefordert. Dieser Lage befahte sich eine von den Kellern der Berliner Kaufmannschaft veranstaltete Detailistenkonferenz mit der Angelegenheit. Die Meinungen gingen jedoch berart weit auseinander, daß man zu der Ansicht kam, daß die Frage für eine gesetzliche Regelung noch nicht genügend geklärt ist.

Keine politische Nachrichten. Aus Straßburg wird gemeldet: Infolge der letzten Landungen von Militärschiffen auf französischem Boden ist ein Befehl ergangen, nach dem das Ueberfliegen der Grenze streng untersagt wird und jeder Verstoß gegen den Befehl, gleich aus welchen Ursachen, wenigstens zwei Wochen Stubenarrest nach sich zieht. — Die französische Regierung brachte in der Kammer eine Kreditforderung von 50 000 Franc zur Deckung der Kosten für die Konferenz ein, deren Dauer auf etwa drei Monate veranschlagt wird. — Der Vizepräsident der amerikanischen Friedensgesellschaft, Effot, mußte seinen Posten niederlegen, da er mehrere Reden für eine Begrüßung der amerikanischen Marine gehalten und sich zugunsten eines Krieges unter gewissen Umständen ausgesprochen hatte.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.
Die europäische Lage.

Wien, 15. Mai. Ministerpräsident Graf Stürgkh machte in der Parlamentsobmannerkonferenz über den Stand der gegenwärtigen Krise die Mitteilung, daß begründete Hoffnungen auf volle Sicherung des Friedens bestehen, allein es lasse sich von historisch abgeschlossenen Ereignissen noch immer nicht sprechen. Die Regierung wünsche daher, daß die Debatte über die gegenwärtige Lage bis zur ersten Lesung des Budgets verschoben werde. Vorsicht sei noch immer notwendig.

Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bosnien.

Wien, 15. Mai. Das amtliche k. k. Telegraphen-Korrespondenzbureau meldet: Auf Grund des § 20 des bosnisch-herzegowinischen Landesstatuts ist am 3. Mai d. J. aus Anlaß der wegen der Einnahme Skutari's unmittelbar bestandenen Konfliktgefahr in Bosnien und der Herzegowina als dem Nachbarlande des unimächtigen Schauplatzes der militärischen Ereignisse der Ausnahmezustand verhängt worden. Da in der seither vollzogenen Uebergabe der Stadt Skutari an das internationale Detachement ein sicheres Zeichen der Beseitigung der Gefahr erfolgt ist, wurden die Ausnahmebefugnisse in Bosnien und der Herzegowina heute nach zwölfstägiger Dauer außer Kraft gesetzt.

England.

Ein Rückzug der Regierung.

London, 15. Mai. Der Kampf der englischen Sozialisten zur Verteidigung der gefährdeten Pressefreiheit ist durch einen Rückzug der Regierung schnell beendet worden. Die Regierung hat heute ein Communiqué veröffentlicht, in dem ausmündlich erklärt wird, daß sie nicht beabsichtigt war, die Zeitung The Suffragette zu unterdrücken, wenn sie keine Aufforderung zu irgendwelchen Verbrechen enthält. Diese Erklärung reiht sich jedoch nicht mit der pompösen Belanntmachung des Regierungskabinetts, der im Auftrage der Behörden gestern im Gerichtsaal verhängte, daß das Organ der Suffragetten unterdrückt werden müsse. Mit Verteidigung kann konstatiert werden, daß die Regierung einsehen hat, daß sie sich im Kampfe gegen die Suffragetten zu viel erlaubt hat.

Frankreich.

Sturm in der Kammer.

Paris, 15. Mai. Heute kam in der Kammer eine Interpellation betriebs der Zurückbehaltung der zu entlassenden Jahresklasse zur Besprechung. Ministerpräsident Poincaré erklärte: Der Senat und die Kammer hat die parlamentarische Anwesenheitspflicht wissen lassen, daß sie die Absicht hegt, die am 1. Oktober zu entlassende Jahresklasse bei der Ruhe zurückzubehalten. Es ist keine Zeit zu verlieren. Sollte die Regierung ihren Entschluß weiter hinausgeschoben, so würde sie einen Verweis. Die Regierung übernimmt jede Verantwortung für ihre Handlung. Die Notwendigkeit für die nationale Verteidigung voll und ganz erfüllen. Der radikal-sozialistische Abgeordnete Durafour griff die Regierung heftig an. Er sagte, daß die Zurückbehaltung dieser Jahresklasse schon lange vorher beabsichtigt habe. Poincaré habe in dem eine angreifende Sprache geführt, die in Europa wie ein Kriegsschrei widerhallte und das in einem Augenblick, wo in ganz Europa der Friede gewünscht werde. Durafour fragte, wie lange die Regierung die Jahresklasse zurückzubehalten gedente. Man muß doch die Familien berücksichtigen. Darauf sprach der Abgeordnete der vereinigten Sozialisten, Breton, in gleichem Sinne. Er sagte, daß die Regierung sich hiermit einen kleinen Staatsverbrechen geleistet habe und meinte, daß jedem Soldaten für die Zurückhaltung eine Entschädigung von 100 Fr. gezahlt werden sollte, welche man durch eine Steuer auf das Vermögen aufbringen müßte. Dann folgte ein kleines Intermezzo zwischen dem Abgeordneten Lachoud und dem Kriegsminister Etienne betreffend Unterbringung und Ernährung der Truppen.

Ministerpräsident Poincaré erinnerte in seiner Antwort daran, daß er vor der Verabschiedung schon vor den Obersterien seine Absicht, eine Jahresklasse unter den Ruhe zurückzubehalten, angekündigt habe. Die Vorwürfe Durafour's zurückweisend, erklärte er, er habe nicht die Absicht, die äußere Lage schwarz zu malen. Es wäre der Regierung unmöglich, äußere Schwierigkeiten zu beseitigen, um einem Geschehen zum Siege zu verhelfen. Die internationale Lage habe sich sehr merklich verbessert. Fragen, die besonders ernst erschienen, seien gelöst worden. Jeder Tag bringe die Regelung einer Frage. Poincaré erklärte weiter: Was die Dauer der Zurückbehaltung des dritten Jahrganges angeht, so spreche das Gesetz von vorläufiger Zurückbehaltung. Nehme nun die Kammer die dreijährige Dienstzeit an, so würde diese Zurückbehaltung durch das neue Gesetz gebot sein. Nehme die Kammer sie nicht an, so würde die Regierung Kraft des Artikels 33 und gemäß ihrer Verantwortlichkeit handeln, wie bereits angekündigt. Die Regierung beabsichtigt nicht, die Kammer schon jetzt auf ein Votum für die dreijährige Dienstzeit festzulegen. Das Land erwarte von Regierung und Kammer Maßregeln für seine Sicherheit. Die Kammer müsse deutlich ausdrücken, ob sie der Regierung folgen wolle.

Jaurès verurteilte heftig den Entschluß der Regierung und nahm die Antwort Poincaré's als ein Gebändnis auf, daß es sich um eine dauernde Zurückbehaltung des dritten Jahrganges handelt. Darauf wurden die dramatischen Tagesordnungen verlesen.

Die von der Regierung gebilligte Tagesordnung Verloft wurde mit 322 gegen 155 Stimmen angenommen. Die Ränderheit von 155 Deputierten setzte sich folgendermaßen zusammen: 72 gemäßigten Sozialisten, 19 unabhängigen Sozialisten, 64 Radikale und Sozialistisch-Radikale. Ein Mitglied der gemäßigten Sozialisten, zwei unabhängige Sozialisten, sowie 22 Radikale und Sozialistisch-Radikale enthielten sich der Abstimmung.

Die abgelehnte Tagesordnung des Deputierten Breton (Sozialist) lautete: „Die Kammer erklärt sich entschlossen, allen für die Landesverteidigung notwendigen Opfern zuzustimmen, aber dem Lande auch alle unnötigen Lasten zu ersparen, und geht zur Tagesordnung über.“ Die Priorität für die Tagesordnung Breton wurde mit 316 gegen 241 Stimmen abgelehnt.

Das Abstimmungsergebnis in der Kammer wurde mit förmlichem Befehl von den Sozialisten und Radikalen angenommen, die in demselben den Beweis dafür erbrachten, daß die Regierung ihre Verdrößlichkeit nur den Mitgliedern der Rechten, den Nationalisten und Gemäßigten verbanke.

China.

Belagerungszustand in Peking.

Shanghai, 15. Mai. Ueber Peking ist der Belagerungszustand verhängt worden, ansehnend infolge der Aufdeckung einer Verschwörung und eines gegen Juan Shikai geplanten Attentats. Am Dienstag wurden in einem Peking Hotel elf Personen, die sich im Besitz von Bomben und Waffen befanden, verhaftet. Gestern wurden mehrere Personen, darunter eine Frau, standrechtlich erschossen. Die Behörden gehen mit großer Heimslichkeit vor. Die Garnison von Paoingfu ist verstärkt worden.

Parteiangelegenheiten.

Die Entwicklung der Parteipresse.

Innerhalb der letzten zwei Jahrzehnte hat sich die sozialdemokratische Presse in Deutschland ganz besonders günstig entwickelt. Der Wert und die Bedeutung der unabhängigen sozialdemokratischen Presse spiegeln sich in nachstehenden Ziffern wider.

Es betrug die Abonnentenzahl bei unserer Presse

im Jahre 1871	30 000
1876	100 000
1880	250 000
1884	300 000
1889	400 000
1904	600 000
1909	1 200 000
1911	1 450 000
1912	1 800 000

Letzte lokale Nachrichten.

Ein Einmietenbrieff stahl in der Friedrichstadt einen schwarzen Jackettanzug und einen Sommerüberzieher. Der Unbekannte ist etwa 40 bis 50 Jahre alt, bezeichnete sich als Reisender und gab an, Friedrich zu heißen.

Erbrochen wurde nachts ein Schaufenster des Schuhwarenhändlers Neustadt, Bettinerstraße 31, und daraus ein Posten Kinderstühle gestohlen. In diesem Hause befindet sich die Wache des 7. Sicherheitspolizeibezirks.

Keinicht. Mit verschiedenen Legitimationspapieren, auf den Namen seines 19 Jahre alten Bruders lautend, entfernte sich aus der elterlichen Wohnung auf der Albrechtstraße ein Schüler.

Wohls. Dem Feldhändler Jenter wurde aus der in seiner Wohnung befindlichen Kasse ein größerer Geldbetrag gestohlen. Als Dieb wurde ein 16 Jahre alter Kleinmisch ermittelt, der im Zentertisch beschäftigt ist.

Gasstehlen. Ein Dieb stieg durch ein offenes Fenster in den hiesigen Gasthof ein und erbeutete dabei für etwa 40 M. Wechselgeld.

Wetterbericht von der Wetterkammer an der Friedrich-August-Brücke
vom 16. Mai, mittags 12 Uhr.

Barometer 753. Veränderlich.
Thermometer + 21° R.
Thermometergraph: Min. + 11°, Maxim. + 24°.
Hygrometer 61%.
Wasserstand der Elbe — 144 Zentimeter.
Wasserwärme + 14 Grad R.

Prognose der sächsischen Landeswetterwarte
für den 17. Mai.

Nordwestwind; wolfig; etwas kälter; zeitweise Niederschlag. Wetterlage: Ein Rücken hohen Drucks zieht sich von West nach Ost durch das Festland hindurch. Er trennt gegenwärtig noch die beiden Tiefen, von denen das eine sich von Nordosten, das andre von Südosten aus der Mitte des Festlandes nähert. Binnen kurzem dürfte der Rücken hohen Drucks durchbrochen sein. Ist die Vereinigung der beiden Tiefen erfolgt, so tritt für den Westen und die Mitte Deutschlands ein Witterungsumschwung ein.

Letzte Telegramme.

Ein Trauerspiel im ewigen Eise.

Christiania, 15. Mai. Kapitän Staghud, der Leiter der Hilfsexpedition für die Schroeder-Stranz-Expedition, der am 3. April mit dem Expeditionsschiff Pertha in Green Harbour angekommen war, sandte an das Ministerium des Auswärtigen aus Spitzbergen, vom 14. Mai, folgendes Telegramm:

„Ich bin mit Kudiger und Raabe in Adventdal angekommen, wir waren am 20. April mit 11 Kanuten und 14 Hundeb in der Treurenbergdal angekommen und fanden die Verhältnisse und das Wetter ungünstig. Die Reise nach dem Nordostland zur Nachforschung nach Schroeder-Stranz wurde deshalb vorläufig aufgeschoben. Kudiger und Raabe wurden nach Green Harbour in Sicherheit gebracht. Am 2. Mai waren wir über das Inland nach dem Dufford und der Wihdehal abgegangen. Kudiger wurde liegend über das Inland gezogen. Die Kanuten wurden infolge Futtermangels geschlachtet. Wir erreichten das Depot in Korpinnhytta am 10. Mai.“

Nachforschungen ergaben, daß Peitner und Koefer im Oktober in der Wihdehal ertrunken sind, Eberhard, von den Kanuten verloren, in der Wihdehalmacht zehn Kilometer westlich vom Hause an der Wihdehal ertrunken ist, der Koch Stave am 24. Februar der Treurenbergdal erlegen ist und daß an Bord des Schiffes massenhaft Proben vorhanden ist. Schroeder-Stranz wird noch immer vermisst, es wird ein Unglück befürchtet.

Ich gehe sobald wie möglich von der Treurenbergdal nach dem Nordostland ab. Ferner traf am 30. April in der Wihdehal ein und wollte mit uns zusammen arbeiten, was aber nicht zugeht. Seine Expedition ist eine kombinierte Rettungs- und Janggepedition.

Gegen die Spielfasinos.

Paris, 16. Mai. Wie verlautet, beabsichtigt die Regierung, dem Beschluß des Budgetausschusses, wonach in der Umgebung von Paris und dem Umkreise von 100 Kilometer keinerlei Spielfasinos gestattet werden sollen, zuzustimmen. Hierdurch wird nicht nur der Fortbestand des Kasinos von Englien, sondern auch der Plan vereitelt, das Spielfasino nach Pierrefonds zu verlegen. Auf Antrag des Polizeikommissars Schanden hat die Staatsanwaltschaft eine strafrechtliche Untersuchung gegen den Urheber des gefährlichen Verdictes über das Spielfasino von Englien angeordnet. Der Deputierte Berry erklärte, daß er die Einsetzung eines parlamentarischen Ausschusses beantragen wolle, der über die in der Angelegenheit der Spielfasinos in der Kammer vorgebrachten Dinge vollkommen Licht verbreiten sollte.

Serbien und Bulgarien.

Belgrad, 16. Mai. Trotz des Dementis der Regierung befristete informierte Kreise, daß die serbische Regierung Bulgarien einen kurzen Termin von acht Tagen zur bündigen Erklärung gestellt hat, ob es die serbischen Erklärungen zur Kenntnis nahm. — Wie die Pramba meldet, erließ die serbische Regierung von neuem ein Verbot der Beigeneinfuhr aus dem ganzen Lande.

Die Roweltfrage.

Konstantinopel, 16. Mai. Die hiesigen politischen Kreise lassen sich durch die Bemühungen der französischen Presse, das noch gar nicht unterzeichnete Roweltabkommen als den Anfang zur Aufstellung Anatoliens auszusprechen, wobei insbesondere weitläufige deutsche Pläne Erfüllung finden würden, nicht im geringsten beeinflussen. Man betont hier übrigens fortgesetzt, daß bei dem Abkommen die deutschen Interessen keineswegs eine Schädigung erfahren werden, und daß England sich während der ganzen Verhandlung ebenso loyal wie entgegenkommend benommen habe.

Das heutige Blatt umfaßt 16 Seiten.

Sonntag den 18. Mai in Wustfleh's Gasthof, Grossebaude

Grosses Konzert

Darbietungen: [K106]
Männer-, Frauen- und gemischte Chöre mit humoristische Vorträge.
 Nach dem Konzert **BALL** bis 2 Uhr.
 Einlass 6 1/2 Uhr. Programmheft 85 Pf. Anfang 6 1/2 Uhr.
 Einen genussreichen Abend versprechend, ladet ein **E. V.**

Arbeiter-Gesang-Verein und Frauenchor
„Friseh auf“
 Stetzsch u. Umg.
 Mitglied des D. A. S. - B.
 Leitung: Herr Weinhold, Dresden.

4. Wahlkreis.

Bez. Radebeul

Sonabend den 17. Mai, abends 9 Uhr
Mitglieder-Versammlung
 in der **Krone**, Heiner Saal.
 Tages-Ordnung:
 1. Bericht über Gemeinde-Angelegenheiten.
 2. Verschiedenes. [V 11]

Einem zahlreichen Besuch steht entgegen Die Bezirksleitung.

Sozialdemokr. Verein für den 6. Kreis

Ordnung: Sonntag den 18. Mai, abends 8-1 Uhr.
 1. Vortrag des Genossen **Mitschke**: Zur Geschichte der bürgerlichen Parteien. 2. Bericht aus dem Kreisvorstand.
 Die Genossinnen und Genossen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen. [V 51]

Bezirk Kaitz-Leubnitz.

Sonabend den 17. Mai 1913, abends 1/9 Uhr. **Mitglieder-Versammlung** im Restaurant **Waldschütz**. Tagesordnung:
 1. Vortrag des Genossen **Mitschke**: Zur Geschichte der bürgerlichen Parteien. 2. Bericht aus dem Kreisvorstand.
 Die Genossinnen und Genossen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen. [V 51]

Ortsgruppe des Radfahrerbundes „Solidarität“

in Braunsdorf.
 Sonntag den 18. Mai 1913, im Gasthof zur Senne in Braunsdorf
VIII. Stiftungs-Fest
 Darbietungen: [K 334]
Konzert, Ball u. Verlosung.
 Anfang 4 Uhr. Es ladet freundlichst ein **D. G.**

Allein-Aufführungsrecht. **UT** Allein-Aufführungsrecht.

Licht-Spiele

Waisenhausstraße 22. Telefon 17387
 Direktion: **J. Wilhelm.**

Heute

Erst-Aufführung

anlässlich des 100. Geburtstages des größten deutschen Komponisten:

Richard Wagner

Eine Film-Biographie.

Begleitmusik
 arrangiert und teilweise komponiert von Herrn **Dr. G. Becca.** [A 33]

Beginn:
 4 Uhr 1/2 7 Uhr 3/4 9 Uhr

Restaurant zur Erholung

Oberpostwitz
 Sonntag den 18. Mai
Schwäbisch- und Vogelschissen.
 Hierzu ladet ergebenst ein **Paul Richter.**
Paul Richters Rest.
Wallwitzburg
 Wallwitzstr. 21 [E 50]
 empfiehlt seine geräumigen Lokalitäten. K. Speise u. Getränke.

Für jede Figur 10 Groschen ständlich vorrätig
 Für jede Figur 10 Groschen ständlich vorrätig

Qualitäts-Anzug

Marke Eisenfest

unübertroffen an Haltbarkeit & Preiswürdigkeit

Mk 19.- 29.- 39.- 49.-

Robert Eger & Sohn

Markönitz-Johannstraße

Central-Theater

Sensations-Erfolg!

Heinrich Prang

in dem besten und tollsten
 Hartstein-Schlager

Der Stolz

der dritten
 Kompagnie

Nie hat Dresden so gelacht!

Ferner das illustre Variété mit
Robert Steidl
 Anfang des Konzerts 7 1/2 Uhr, der Vorstellung 8 Uhr.
 Einlass 7 1/2 Uhr.
 Die Theaterkasse ist täglich von 10 Uhr, Sonntags von 11 Uhr an ununterbrochen geöffnet. [A 54]

Restaurant [K 27]

Saxonia

Dresden-N., Mühlengasse 4
 empfiehlt seine freundl. Lokalitäten
Täglich Konzert.
Edmund Richter u. Frau.
Gasthaus Stadt Polnitz
 Am See u. Ecke Jakobstraße.
 Empfehlen unsere febl. Lokalitäten einer geneigt. Beachtung. Bereisungszimmer noch frei. **H. Richter u. Frau.**

Strohhüte

= Populäre Preise =
 Spezialpreis M. 2.50 3.50 4.00

Max Schweriner

Amalienstrasse, Ecke Serrestrasse
Größtes Hut-Spezialhaus [A 109]

E. PASCHY

Wilsdruffer Str. 14 Tel. 8102
Blauenbrücke 4 Tel. 2257
Bismarckplatz 13 Tel. 4182
Singener Landenanstr.
Söllnerstr. 12 Tel. 2806
Wienerstr. 11 Tel. 4871
Wartauer Str. 14 Tel. 4050

Woltenhauerstr. 24 Tel. 8970
Wettinerstr. 17 Tel. 1632
Rosenstr. 43 Tel. 1735
Perthstr. 27 Tel. 4096
Zorgauer Str. 10 Tel. 1034
Trommlerstr. 5 Tel. 2987
Reifewigerstr. 11 Tel. 4114

Kontore und Lagerort: Wölflingstr. 1. Tel. 1054.
 Sonnabend vormittag lebensfrisch aus See in bider Verpackung eintreffend und

jetzt von besonderer Feinheit

Seelachs, ohne Kopf, „Gelat.“ 12 Pf.
 in hochfeinen, sehr nahrhaften Fischen . . . Pfund

Kabljan, ohne Kopf, in hochfeinen 16 Pf.
 herben Fischen . . . Pfund

Seehecht, „Gelat.“, wunderlicher, 20 Pf.
 1 bis 3 pfundiger . . . Pfund

Schellfisch, ohne Kopf, in ff. großen 20 Pf.
 Fischen . . . Pfund

Seehecht, ohne Kopf, in großen 28 Pf.
 Prachtstücken . . . Pfund

Ausführliche gedruckte Kochrezepte gratis.

Von täglich frischer Magerung:
Harte Kappeler Vollpöcklinge 6 Stück 20 Pf.
 die Riste mit etwa 55 Stück 155 Pf.

ff. dänische Vollpöcklinge 4 Stück 20 Pf.
 die Riste mit etwa 40 Stück 155 Pf.

ff. Makrelepöcklinge, große 2 Stück 15 Pf.
 die Riste mit etwa 28 Stück 155 Pf.

ff. ger. Seelaachs 1/2 Pfund 15 Pf.
 Postkollu mit netto 8 Pfund 275 Pf.

ff. ger. Stromlachs, mild, fettlos, [L 218]
 in Portionsstücken, Pfund 135 Pf.

Reisszeuge

Reissbretter, Schienen, Winkel
 überhaupt alle Zehengeräte empfehle

Grünberg & Co.

Dresden-N., Kreuzstraße 6, neues Rathaus. [A 58/18]

Musenhalle

Einziges Variété u. Volks-Theater des Westens.
 K 6) Täglich 8.10. **Gente neues Programm!**
 Mit großem Beifall aufgenommen: **Helen-Programm!**
Das brave treue Mutterherz. Solospiele in 1 Akt
Theater-Ratten. Humoristische Posse
 Und der vorzügliche Spezialitäten- und Colotel.
 Man muß sich ein Programm angesehen haben!

Sonntags 3 Vorstellungen.
 Nachmittags volles Programm. Ein Kind mit Eltern frei.
 Bei günstiger Fälligkeit Preisermäßigung in besonderer Gütigkeit.

Sonntag vor-
 mittag 11 Uhr **Grosse Matinee im Garten.**
Musig. Garten für Sommerfeste u. Konzerte in der Altstadt
 für Vereine alles vorhanden.
 Spezial-Ansicht: **Felsenkeller-Biere, Reichelbräu.**

Wochentags Vorzugskarten gültig!

Verantwortlich für den erhaltenden Teil:
H. Gatz Hahnwald, Dresden.
 Verantwortlich für den Inhaltlichen Teil:
Reinhold Gähler, Dresden.
 Druck und Verlag: **Raben & Romb.** Dresden.

Freitag
 sa
 Konfervati
 Den Pa
 folgendes ber
 Nicht
 Konfervati
 gegenwärtig
 Kammer.
 Lehungen is
 freiwillige
 reaktionäre
 demokratische
 Befolge hat
 recht
 der fähig
 ungen voll
 gegenwärtig
 servativ
 tagstra
 den in
 weiten
 Die Sten
 dem of tra
 präjudiz
 Rügepr
 Pralisen
 aus dem
 Konfervati
 einer Anst
 liberalen
 auf dieser
 für die b
 Ansehen de
 Entsch.
 positivum
 Da ich
 über den Aus
 läßt das Rech
 Gelegenheiten
 zu hohen W
 die erinner
 weine im D
 Ich die
 gehen und f
 fräudlich
 W
 Erziehung des
 servativen for
 fräudlich
 hand von Dr
 wahren sein.
 müssen, ja, e
 letzten Bie
 wochen sei at
 teilungen bei
 Lutz gelost
 „So kann es
 müssen wied
 haben ja bef
 den sozialdem
 sind für den
 demokraten u
 wahren Teil
 Sitzungzeit
 präsident gew
 liberalen gef
 bürgerlicher
 die Konfervat
 sozialdemokra
 wahl würde
 Konfervativen
 Aber da
 des sozialdem
 allen ihre W
 ligen Sie
 denten sich geh
 gebilden. We
 allem aber u
 mündend n
 und. Dabei
 erfüllt haben
 ein Sozialbe
 für sie höchst
 sozialdemokra
 ihnen alles
 Meiben, auch
 gehalten wir
 Nach d
 Verhandlung
 sozialdemokra
 list-reinen
 die National
 vor den Kon
 jammereich
 sozialdemokra
 Glünden ein
 tage logar
 im letzten
 Nationalbe
 würden sich
 wollten sie
 Uns ja
 es mit über
 Etablen ein
 Schande er
 werden, die
 müßten, wie
 wieder mit
 berichtet die
 schenmen
 Wegrats un
 Im W
 Jahren, nach
 trug bei de
 1864 Zonnen

Sächliche Angelegenheiten.

Konservativ-nationalliberaler Schacher um die Säge im Landtagspräsidium?

Den Leipziger Neuesten Nachrichten wird aus Dresden folgendes berichtet:

Nichts beleuchtet klarer den Gegensatz zwischen den Konservativen und Nationalliberalen in Sachsen als die gegenwärtige Zusammenlegung des Präsidiums der Zweiten Kammer. Ermerlich ist noch, welche erregte Auseinandersetzung in politischen und parlamentarischen Kreisen der freiwillige Verzicht der Konservativen auf den ersten Vizepräsidentenposten und die dadurch bedingte Wahl des sozialdemokratischen Abgeordneten Fräßdorf für diesen Posten im Gefolge hatte.

Jetzt scheint sich aber innerhalb der führenden Kreise der sächlichen Konservativen eine Wandlung der Anschauungen vollzogen zu haben. Wie wir erfahren, schwebt gegenwärtig zwischen den Führern der Konservativen und der nationalliberalen Landtagsfraktion Verhandlungen, die die Präsidentschaftswahl beim Wiederausammentritt der zweiten Kammer zum Gegenstande haben. Die Konservativen streben darauf hin, die sozialdemokratischen Mitglieder des Landtagspräsidiums, nämlich den sozialdemokratischen ersten Vizepräsidenten Fräßdorf und den sozialdemokratischen Abgeordneten Kleißner als Schriftführer, aus dem Präsidium auszuschalten und sie durch konservativere Männer zu ersetzen. Im Interesse einer Annäherung zwischen der konservativen und nationalliberalen Landtagsfraktion wäre es nur zu begrüssen, wenn auf dieser Basis eine Einigung zustande kommen würde. Für die bürgerlichen Parteien in Sachsen wie auch für das Ansehen des sächlichen Parlaments nach außen hin ist die Wahl eines sozialdemokratischen Abgeordneten im Kammerpräsidium zu haben, nicht sehr erhehrend.

Es scheint ja ein netter Schacher im Gange zu sein. Aber den Ausgang wird allerdings noch nichts angedeutet. Doch läßt das Verhalten der sächlichen Nationalliberalen bei einigen Gelegenheiten den Schluss zu, daß sie jetzt mehr denn je zu solchen Bündnissen mit der ärgsten Reaktion bereit wären. Es erinnern nur an Heitners Rede gegen die Arbeiterkammern im Dresdner Stadtparlament.

Läßt die Konservativen bei diesem Schacher auf's Gange gehen und sich nicht nur mit der Beseitigung des sozialdemokratischen Vizepräsidenten zufrieden geben, sondern auch die Erziehung des sozialdemokratischen Sekretärs durch einen Konservativen fordern, kann nicht überraschen. Der sozialdemokratische Vizepräsident allein würde überhaupt kein Gegenstand von Differenzen zwischen Nationalliberalen und Konservativen sein. Denn davon wollen erstere ja selbst nichts wissen, ja, es wird behauptet, daß über den Ausgang der letzten Vizepräsidentenwahl niemand unglücklicher gewesen sei als Herr Dettner, der nach konservativen Mitteilungen bei dieser Gelegenheit händelnd zu Herrn Fräßdorf gelangt ist und verzweifelt gerufen hat: „Es kann es nicht weitergehen in unserem Vaterlande; wir müssen wieder zusammenkommen.“ Die Nationalliberalen haben ja bekanntlich und selbstverständlich auch gar nicht für den sozialdemokratischen Vizepräsidenten gestimmt, sondern für den Sozialdemokraten und Freisinnigen geschlossen ihre Stimmen auf den wackelnden Fräßdorf vereinigt, die Konservativen aber weise Stimmgelbe abgaben, wurde ein sozialdemokratischer Vizepräsident gewählt. Hätten die Konservativen mit den Nationalliberalen gestimmt, wäre der Freisinnige Vize oder ein anderer bürgerlicher Vertreter Vizepräsident geworden. Es haben also die Konservativen durch ihre Stimmenthaltung die Wahl des sozialdemokratischen Vizepräsidenten herbeigeführt. Die Wiederwahl würde in Zukunft ohne weiteres verhindert, wenn die Konservativen mit den Nationalliberalen stimmen.

Aber der Spitzgarde ist es nicht allein um die Beseitigung des sozialdemokratischen Vizepräsidenten zu tun, sie will vor allem ihre Ansprüche bei der Besetzung des Präsidiums durchsetzen. Sie ist ja überhaupt der Ansicht, daß ihr der Präsidentschaft gehöre. Und dieser Anspruch wird ja bei diesen angeblichen Verhandlungen auch eine Rolle spielen. Vor allem aber will sie mindestens zwei Säge im Präsidium, also mindestens wohl die, die jetzt von Sozialdemokraten besetzt sind. Dabei kommt auch in Betracht, daß die Konservativen erfüllt haben, seinem Präsidium angehören zu wollen, in dem ein Sozialdemokrat sitzt. Da in diesem Punkte ein Unfall für sie höchst denkbar wäre, müssen sie fordern, daß auch der sozialdemokratische Sekretär verschoben soll, denn sonst nicht können alles nichts. Sie müßten ja dem Präsidium fernbleiben, auch wenn der erste Vizepräsident für sie freigehalten würde.

Was Lage der Sache wird es sich bei den angeblichen Verhandlungen in erster Linie um die Verhinderung eines sozialdemokratischen Sekretärs, um die Freisetzung eines sozialdemokratischen Präsidiums handeln. Es wird sich zeigen, wie sich die Nationalliberalen verhalten werden. Eine Kapitulation vor den konservativen Forderungen wäre so ziemlich das Schlimmste, was sie tun könnten. Sie haben seither der sozialdemokratischen Fraktion gewissermaßen aus prinzipiellen Gründen einen Sekretär zuerkannt und ihn im ersten Landtag sogar mit den Freisinnigen ganz allein gewählt. Auch im letzten Landtag hat sich an diesem Standpunkte der Nationalliberalen nichts geändert. Unter solchen Umständen würden sich die Nationalliberalen geradezu prostituieren, wollten sie den konservativen Wünschen nachgeben.

Uns soll's recht sein. Wir werden unseren Mann stellen, ob mit oder ohne einen sozialdemokratischen Sekretär. Den Schaden hätten allein die Nationalliberalen, die Spott und Schande ernten, die wieder zum Schwange der Konservativen werden, die das letzte Wächchen politischen Credits verlieren müßten, wenn sie sich unter so vermachvollen Vereinbarungen wieder mit den Konservativen verbünden wollten.

Heber den sächlichen Erzbergbau

berichtet die Dresdner Handelskammer in ihrer soeben erschienenen Jahresübersicht nach Mitteilungen des Freiburger Bergrats unter anderem folgendes:

Im Bergrevier Freiberg standen, wie in den Vorjahren, noch drei Gruben in Betrieb. Die Erzlieferung betrug bei den drei staatlichen Gruben 5677 Tonnen (1911: 5664 Tonnen) im Werte von 377 393 M. (1911: 446 586 M.),

bei der gewerkschaftlichen Grube Alte Hoffnung Gottes in Kleinvolgtsberg 463 Tonnen (525 Tonnen) im Werte von 80 650 M. (77 026 M.), demnach insgesamt 6140 Tonnen (8389 Tonnen) im Werte von 458 043 M. (523 612 M.). Diese Erze enthielten 3986 Kilogramm Silber, 6288 Doppelzentner Blei, 14 402 Doppelzentner Schwefel und 311 Doppelzentner Arsen. Die von den Staatsgruben gelieferten Erze enthielten durchschnittlich 0,05 (0,06) Proz. Silber und 9,74 (8,82) Proz. Blei. Die Handelspreise beider Metalle wiesen eine beachtliche Verbesserung auf; die staatlichen Hüttenwerte erzielten durchschnittlich 83,85 (73,63) M. für 1 Kilogramm Silber und 35,94 (28,01) M. für 1 Doppelzentner Blei. An Zuschüssen erforderten die Staatsgruben 512 853 (614 408) M., einschließlich 303 (50 568) M. Kosten der Verlegung des Muldenbettes bei Palsbrücke. Der Betrieb der gewerkschaftlichen Grube erforderte keinen Zuschuß. Die Belegschaft bestand am Jahreschlusse 1912 aus 44 (52) Beamten und 563 (645) Arbeitern bei den staatlichen Gruben sowie aus 21 (21) Beamten und 77 (67) Arbeitern bei der gewerkschaftlichen Grube und der Revierwasseranstalt, sie betrug mithin zusammen 705 Köpfe gegen 785 im Vorjahre. Im Bergrevier Altenberg standen, wie 1911, drei Gruben in Betrieb. Das Ausbringen bestand hauptsächlich aus 124 (80) Tonnen Zinnstein mit einem Metallgehalt von 302 (229) Doppelzentner Zinn im Werte von 135 803 (95 231) M. bei der Altenberger Grube sowie aus 83 (75) Tonnen Wolframerzen im Werte von 154 368 (154 812) M. und 45 (36) Tonnen wolframhaltigen Zinnerzen im Werte von 90 000 (53 060) M. bei den zwei anderen Gruben. Die Preise für Zinn liegen erfreulicherweise weiter, so daß für 1 Doppelzentner durchschnittlich 432 (380) M. erzielt wurden. Dagegen ging Wolfram noch mehr im Preise zurück; 1 Doppelzentner Wolfram wurde durchschnittlich mit 201 (249) M. bezahlt. Der im allgemeinen noch günstigen Marktlage entsprechend ergab sich bei allen Gruben gegenüber den eigentlichen Betriebskosten ein mäßiger Gewinn. Die Belegschaft sämtlicher Gruben bestand am Jahreschlusse 1912 aus 182 (172) Mann, einschließlich 11 Beamter. Die Zwitterklosgewerkschaft zu Altenberg stellte im Berichtsjahre 600 Zentner Zinn zu dem hohen Preise von je 215 M. und 13 Zentner Chlorwolfram zu dem Preise von je 500 M. her. Gegen das Vorjahr stieg die Erzeugung um 60 Prozent. Das Betriebswasser reichte während des größten Teils des Jahres aus. Die Belegschaft wurde auf 85 Mann erhöht. Die Vereinigten Zwitterkloshandgruben in Zinnwald kamen auf ein ähnliches Geschäftsjahr wie das vorige zurück. Die Zinnpreise hatten eine stetig steigende Richtung, der Preis für Wolfram blieb unverändert.

Aus diesen Angaben ergibt sich, daß die hohen Zinnpreise den schon im Eingehen begriffenen sächlichen Erzbergbau wieder etwas belebt haben. Auf dem Erzbergbau bei Altenberg und Zinnwald ist eine beachtliche Steigerung der Produktion zu verzeichnen. Wenn die Preise weiter steigen, was wahrscheinlich ist, wird der sächliche Erzbergbau voraussichtlich noch einen dauernden Aufschwung erleben. Allerdings am Abfließen der staatlichen Gruben bei Freiberg wird dadurch nichts geändert, um so weniger, da ein allgemeines und dauerndes Ansteigen der Silberpreise, die allein für diese ausschlaggebend sind, nicht zu erwarten steht.

Wie die Gemeinden durch Unternehmer geschädigt werden.

Bei einem Prozeß vor dem Gewerbegericht in Chemnitz hatte ein Monteur behauptet, daß ein Kabel, das im Auftrag der Firma Föge-Chemnitz in S a n i t e n gelegt worden sei, in seiner Ausführung nicht den vordruckmäßigen Bedingungen entspreche. So sei die notwendige Tiefe nicht eingehalten worden, die Kabel seien nicht allenthalben geschützt, wie es notwendig sei, und das Hilfsmaterial sei vielfach ungenügend. Dem Ingenieur seien auch diese Dinge bekannt gewesen, ohne daß er eingeschritten sei oder die Arbeiter veranlaßt habe, überall vordrucksmäßig die Arbeiten auszuführen. Auf Grund dieser Behauptungen stellte die Firma in Aussicht, gegen den Monteur zu klagen.

Vor einigen Tagen ist nun im Verleihen amtlicher Personen an einzelnen Stellen das Kabel wieder ausgegraben worden. Dabei wurde festgestellt, daß die Anschließleitung beim Anwesen des Dr. Holzweiger an den Wäffen mit Erdleinwand verdrängt ist, wie man sie sonst als Einballung verwendet. In geschicht hätte das mit imprägnierter Jute. Ferner liegt das Kabel dort fast 70 nur 50 Zentimeter tief. Bei dieser Tiefe müßte aber an verkehrsreichen oder gefährdeten Stellen ein Rohr aus Holz oder anderer Substanz vorhanden sein. Dieser Schutz fehlt aber. Er fehlt ferner an einer Anzahl anderer Stellen, wo das Kabel auch nur 50 Zentimeter tief liegt. Am Neumarkt, beim Wäckermeister Pohl, erreicht das Kabel nur 37 und in der Ottendorfer Straße gar nur 37,5 Zentimeter Tiefe ohne jeden Schutz. An Stelle der Rohre können aber auch Eisenlager benutzt werden, allein auch das ist nicht geschehen.

Das Ergebnis dieser Untersuchung wird nun im Falle einer Klage für die Firma besonders unangenehm sein. Jede der Gemeinden aber ist, Unternehmer, die für sie Bauten ausführen, gründlich zu kontrollieren, um späteren Schaden zu verhüten.

Stadträtliche Einseitigkeit.

Vor kurzem teilten wir mit, daß der Stadtrat in Plauen von den im sächlichen Volksbade ausliegenden Zeitungen das Sächliche Volksblatt durch besondere Verfügung ausgeschlossen hatte. Diesem stadträtlichen Vorgeht muß heute ein zweites zugefügt werden, worüber das Zwitauer Parteiblatt, zu dessen Verbreitungsbezirk Plauen gehört, folgendes mitteilt: Da im Verlauf unseres Blattes fortgesetzt Wünsche einließen, die die Veröffentlichung der Urkunden der Pflichtfeuerwehr betrafen, so richteten wir ein dementsprechendes Gesuch an den Stadtrat. Von dieser Stelle aus ist uns ein Scheiden zugegangen, das anderen, die Arbeiterchaft angehenden Entschuldigungen nicht nachsieht und das wir hiermit veröffentlichten wollen, damit unsere Leser gleichfalls unterrichtet sind. Es lautet:

Auf Ihr Gesuch vom 24. April d. J. wird Ihnen eröffnet, daß wir beschließen haben, von einer Veröffentlichung der die Pflichtfeuerwehr betreffenden Bekanntmachungen in Ihrem Blatte abzuziehen, da nach den von uns gemachten Erfahrungen kein Bedürfnis hierfür vorliegt und es im übrigen auch bedenkenlos erscheint, in einem Blatte nur einzelne amtliche Bekanntmachungen zu veröffentlichen.

Dazu bemerkt das genannte Parteiblatt noch: Auf welche Erfahrungen sich der Stadtrat stützt, ist uns natürlich völlig fremd. Offenbar hat man gar keine gemacht und tut nur so, um überhaupt eine Begründung zu haben. Da wir uns selbstverständlich vor der stadträtlichen Klugheit die Segel streichen müssen, so möchten wir nur noch die Jubelstöße aus-

sprechen, daß der zweite Absatz des § 8 des Grundgesetzes II, die Pflichtfeuerwehr nicht so streng ausgeübt wird. Dort heißt es nämlich, daß die Nichtkenntnis der Befehle für die Feuerwehr im Amtsblatte nicht entschuldigt. Alle Pflichtfeuerwehrlaute haben das Amtsblatt nicht zu ihrem Leib- und Magenblatt gewählt. Der Stadtrat soll der Einwohnerschaft entgegenkommen zeigen, besonders in Fällen wie hier, wo ihm weder Kosten noch Unbequemlichkeiten erwachsen.

Eine Rebschule in Sachsen.

Aus Weihen wird folgendes berichtet: Auf dem Ralkberge ist nunmehr die erste sächliche Rebschule angelegt worden. Das Grundstück hat die Stadt Weihen dem Rebschulverein kostenlos überlassen. Durch Vermittlung des Landesobstbauvereins hat der Rebschulverein aus der staatlichen Weinbau-Nebenveredelungsstation Probedeist bei Freyburg a. U. 9000 Stück amerikanische Schnittblätter und aus Rottmar i. E. 1150 Schnittblätter deutscher Edelreben bezogen und sie zur Anzucht und Veredelung in der Rebschule angelegt bzw. in die Veredelungskästen eingelegt. Im nächsten Jahre sollen noch 2000 Stück veredelte Reben aus der vorgenannten Nebenveredelungsstation bezogen werden. Das Ministerium des Innern hat zur Anlage und Einrichtung der Rebschule eine einmalige Beihilfe von 2000 M. und von diesem Jahre an eine laufende Beihilfe von 2000 M. und von diesem Jahre an eine laufende Beihilfe von 2000 M. und von diesem Jahre an eine laufende Beihilfe von 2000 M. bewilligt. Außerdem unterstützen der Bezirksauschuß Weihen, der Bezirksobstbauverein und mehrere Privatpersonen den Rebschulverein.

Tragödie eines russischen Studenten-Ehepaares.

Reipsia, 15. Mai. In vergangener Nacht ereignete sich in Reipzig-Eutritzsch das russische Studenten-Ehepaar Andreolotti aus Tiflis, das an der Universität Reipzig studierte. Der Mann war schwer nervenleidend. Aus hinterlassenen Papieren geht hervor, daß sich das Ehepaar gegenseitig versprochen hatte, daß der Ueberlebende im Falle des Todes des einen Keiles freiwillig in den Tod gehen soll. Der Mann tötete sich durch einen Schuß in den Mund und die Frau erfüllte das Versprechen, indem sie sich gleichfalls durch einen Schuß in den Mund entlebte.

Nabeberg. Die Einführung einer Kinematographen-Steuer hat hier das Ergebnis gehabt, daß die drei Kinematographen der Stadt zu einer Gesellschaft zusammengetreten sind und die hiesigen Kinos unter dem Namen „Vereinigte Lichtspiele Nabebergs“ gemeinschaftlich verwalten. Die Gesellschaft, um die Unkosten zu erniedrigen, wochentags nur ein Kino geöffnet halten.

Burgen. Von 2826 zahnärztlich untersuchten Kindern der Bürgerchulen hatten 140 ein vollständig gesundes Gebiß. Ein Kind hat bei einer Durchschnittszahl von 22,7 Zähnen 15,99 gute und 6,73 kranke Zähne. Von 100 Kindern haben 4,9 ein vollständig gesundes Gebiß. Es sind also 95,1 Proz. der hiesigen Bürgerchulkinder zahnt-krank! gegen 97,5 Proz. bei der ersten Untersuchung.

Hohenstein-Ernstthal. Mit dem Abbruch des Lambertus-Schadens ist der letzte Zeuge des ehemals hier blühenden Erzbergbaus verschwunden. Der Schacht wurde bekanntlich in der Zwangsversteigerung durch die Stadt für einen Spottpreis erstanden. Die Aubeude war so gering, daß die Anlage einige Jahre ruhte, auch waltete mehrere Male der Gerichts-vollzieher seines Amtes und pfändete Erze und Arbeitsgerät. Die Auktionshaber hatten mehrere Male so erhebliche Zubußen zu zahlen, daß sie auf das Eigentum verzichteten. Gefunden wurden in früheren Jahren Gold, Silber, Kupfer und Arsen. In unserer Umgebung lagen noch mehrere Erzgruben, sie sind aber meistens verfallen. Jetzt sind die Schächte für die städtische Wasserversorgung sehr wichtig.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Am Dienstag mittig entgleiste auf Station Thonberg-Bietich bei Ramens der gemischte Zug der Strecke Ramens-Bischofswerda. Die Lokomotive war nach gegen 30 Meter am Bahnkörper entlang gefahren und hatte sich dann mit den Vorbereitern in den Erdboden eingegraben. Die nachfolgenden Wagen waren teils umgeworfen, teils entgleist. Der Verkehr wurde auf der Strecke durch Umleitungen aufrecht erhalten. Nur der um 2,08 Uhr von Ramens verkehrende Zug war ausgefallen. Bessern vormittag wurde nach erfolgten Aufräumungs- und Anlaufarbeiten der Verkehr in vollem Umfang wieder aufgenommen. Menschenleben sind bei dem Unfall nicht zu Schaden gekommen. — Am vorderen Kaufschiff, das zwischen dem Carolosellen und dem Kleinen Winterberg in der Nähe der Zeughausstraße liegt, unternahm ein Wittmoos mehrere kurze Vergleiser eine Metterpartie, wobei das Seil riß. Hierdurch stürzte der etwa 25jährige Kartonnagenarbeiter Paul aus Sebnitz aus 16 Meter Höhe ab und erlitt außer einem Beckenbruch an Scheinend auch eine schwere Rückenverletzung. Verwundungslos wurde der Abgestürzte durch Mitglieder des Schandauer Samaritervereins nach dem Schandauer Krankenhaus befördert. — In der Hauptstromleitung im Maschinenhaus des Elektrizitätswerkes zu Schandau entstand am Mittwoch nachmittag Kurzschluß, wodurch Maschinenprobe aus Lichtenhain erhebliche Brandwunden an den Händen und im Gesicht erlitt. Im Betriebe der Schandauer Schandau-Lichtenhainer Wasserfall trat eine halb-tägige Unterbrechung ein. — Ganz enorme Biffen weiß der Pfingstverkehr auf der Zittauer Bahnhalle auf. In der Zeit von Freitag vor Pfingsten bis mit 3. Feiertag liefen auf den hier einmündenden Linien von Reichenberg, Oelsig, Böbau, Wardenberg und Bischofswerda über 400 jahreplanmäßige Personen- und 50 Sonderzüge ein und aus. Insgesamt benutzten 150 000 Personen diese Züge, dazu kommen noch 43 000 Personen, die auf der Oebiner Gesundsbahn befördert wurden. Auf dem Zittauer Hauptbahnhof wurden rund 53 000 Kohlenkarren verladen, der Erlös ergab die nette Summe von rund 48 000 M., dies ist die höchste Biffen, die bisher zu Pfingsten zu verzeichnen war. — Der Touristenverkehr im Zittauer Gebirge war gleichfalls ganz gemaltig, das Hauptziel war wie immer das Obdental. Die Frequenz wird hier auf etwa 80 000 Menschen geschätzt. Das Oebiner Postamt hatte an den zwei Pfingsttagen gegen 30 000 Ansichtskarten zu expedieren und verkaufte für 1400 M. Pfingstnugarten. — Eine schreckliche Bestimmung erlitt die 16-jährige Fabrikarbeiterin Johanne Kämpfe aus Zimmittschau. Sie warf sich in selbstmörderischer Absicht vor einen in voller Fahrt befindlichen Zug, wobei ihr beide Beine vollständig germalmt wurden. Sie wurde ins Kreis-Krankenhaus zu Zwickau gebracht und dürfte kaum mit dem Leben davonkommen.

Stadt-Chronik.

Gewerbliche Kinderarbeit.

Die Beschäftigung von Kindern unter 13 Jahren, gleichviel ob es sich um eigene oder fremde Kinder handelt, ist verboten bei Bauten aller Art, sowie in Betrieben, die ihrer Natur nach eine nachteilige Einwirkung auf die körperliche und sittliche Entwicklung der beschäftigten Kinder haben können, als in Ziegeleien, Gruben, Werksstätten der Gläzerei, Bronzewe-raler und Anstreicherei, in Fleischereien, Gemüsen Waschanstalten, beim Arbeiten in gewerblichen Werkstätten, in Werk-

stätten der Tabakindustrie, im Hausierhandel, in Rotorwerkstätten und in gewerblichen Betrieben, in denen mindestens zehn Arbeiter beschäftigt werden.

In den übrigen für Kinderarbeit geeigneten Betrieben, insbesondere im Handels- und Verkehrsgewerbe, ist die Beschäftigung von Kindern unter bestimmten Beschränkungen, die eine ungünstige Einwirkung auf den Schulunterricht und die Entwicklung des kindlichen Gemütslebens verhindern sollen, zulässig.

Verboden ist die Nachtarbeit (in der Zeit von 8 Uhr abends bis 8 Uhr morgens), die Arbeit vor dem Vormittagsunterricht und in der auf den Nachmittagsunterricht folgenden Stunde sowie mit der unten ersichtlichen Ausnahme an Sonn- und Festtagen. Ueberdies ist die Beschäftigung fremder Kinder nicht länger als drei und während der Schulferien nicht länger als vier Stunden täglich zulässig. Die Altersgrenze für die Beschäftigung von fremden sowie eigenen Kindern, sofern sie für Dritte, d. h. nicht im Betriebe des eigenen Vaters, beschäftigt werden, ist auf das vollendete 12. Lebensjahr festgesetzt, während das Gesetz die Beschäftigung von eigenen Kindern in der gewerblichen Berufsarbeit des Vaters, Vormundes schon vom vollendeten zehnten Lebensjahr gestattet. — Für die Beschäftigung von Kindern in Gast- und Seitenwirtschaften gelten im wesentlichen die oben beschriebenen Beschränkungen mit der Abweichung, daß aus sittlichen Gründen die Altersgrenze auch für eigene Kinder hier auf das 12. Jahr festgesetzt und die Beschäftigung von Mädchen beim Bedienen von Gästen ausgeschlossen ist. Als eigene Kinder sind in der Hauptsache solche anzusehen, die zum Arbeiter oder dessen Ehegatten im nahen verwandtschaftlichen oder vermögensrechtlichen Verhältnis stehen und seinem Hausstande angehören.

Besondere Vorschriften gelten für die Beschäftigung von fremden Kindern beim Ausstragen von Waren und bei Vorkaufungen überhaupt. Diese Beschäftigung ist ausnahmslos in allen gewerblichen Betrieben, auch an Sonn- und Festtagen, auf die Dauer von 2 Stunden, jedoch an Sonn- und Festtagen nicht über 1 Uhr nachmittags und nicht während des Hauptgeschäftes oder in der letzten halben Stunde vor Beginn desselben zulässig. Im übrigen gelten die oben angeführten Beschränkungen. Die Beschäftigung von eigenen Kindern beim Ausstragen von Waren oder bei Vorkaufungen ist unbeschränkt zulässig, nicht zulässig jedoch, wenn sie für Dritte erfolgt oder die Kinder ihren Eltern bei den von ihnen übernommenen Diensten, als Ausstragen von Zeitungen, Milch oder Backwaren u. a., Hilfe leisten.

Die Beschäftigung fremder Kinder, sofern sie nicht eine bloß gelegentliche ist, bedarf der vorherigen Anzeige (Gewerbeamt B, neues Rathaus, 2. Obergesch., Zimmer 201) und der Ausstellung einer Arbeitskarte. Dahn sind auch die Vorschriften bei der Beschäftigung von Kindern anzuzeigen. — Nur durch ein verständnisvolles und gewissenhaftes Zusammenwirken aller Personen wird es erreicht werden, daß die Kinder nicht durch übermäßige Erwerbsarbeit in ihrer Entwicklung zum Schaden des Ganzen geschädigt werden und sich ihrer Jugend erfreuen können.

Wagners Leben als Film.

Der Kino nicht sein Stoffgebiet beständig zu erweitern. Er will aktuell werden. Deswegen stützt sich der Regisseur auf alle Jubiläen und illustriert sie. So erwidert sich der Kino zu seinen bisherigen Tugenden: als Augen-, Herzen- und Gehirnsverderber, als Schmelzerkonkurrent des Schauspielers das Verdienst der Geschichtsforschung. Zuerst war das im Film der Königin Luise wahrzunehmen. Und die Tradition scheint weiter zu wirken. Es gilt, das Wagnerjubiläum auszubekunden. Da mußte wohl oder übel Richard Wagners Persönlichkeit verherrlicht werden. Sein ganzer Lebensgang wird vorgeführt, gemischt mit Bühnenaufnahmen aus seinen Opern, natürlich nur willkürlich herausgehobenen Bruchstücken: Einem Augenblick des Schiffes des fliegenden Holländers, ein paar Germanenfiguren zwischen Pappfelsen, die Notan und Siegfried vorstellen sollen.

Es gibt in Wagners Leben unbenutzte Episoden, die dringend einer Redaktion bedürfen. Der Komponist selber hat in seiner eigenen Biographie diese Redaktion zu seinen Gunsten gründlich besorgt. Der Kinoregisseur konnte sich also im wesentlichen an diese Selbstbiographie halten — deren Entstellungen der Wahrheit längst nachgewiesen sind. Vor allem mußte der Film hoffähig gemacht werden. Also machte man Wagner zu einem harmlosen Beobachter der Dresdner Revolution von 1849, zu einem von dem bösen Stiefen Wokamin unschuldig Verführten, der lediglich an die Freiheit der Kunst, nicht an die politische, gedacht habe. Eine zweite geradezu widerwärtige Rüge ist die Darstellung seines Verhältnisses zu Mathilde Wesendonck in Zürich. Dem Publikum wird weisgemacht, es habe sich um eine platonische Seelenfreundschaft gehandelt, die durch die „loßlose und eifersüchtige“ Gattin Wagners gestört worden sei. Das alles wird bis zur Scheidung der Gatten Wagner herabgewandert vorgeführt. In Wahrheit hat (das ist durch Briefe und Zeugen erwiesen) Frau Minna Wagner mit ruhender Geduld die Liebhaft ihres Mannes mit der Nachbarin mit angesehen, bis ihr schließlich die Geduld riß. Wesendonck hatte zudem den stets verschuldeten Künstler großzügig mit Geld unterstützt. Trotzdem wird die gute Minna, die dem Gatten durch die schwersten Jahre hindurchgeholfen hatte, verleumdete — auf dem Film wie in der Selbstbiographie — nur damit Wagner reinzuwaschen werde.

Der Film ist aber auch schlecht arrangiert. Also noch nicht einmal die Aufmachung ist zu loben wie bei Quo vadis. Eine würdige Ergänzung bildet die Musik, ein haarsträubendes Ragout aus Mozartschen, Beethovenschen und Wagnerschen Bruchstücken, Fetzen von Sinfonien und Opern. Eine wahre Höllemusik auf dem Flügel — zur Verherrlichung von Deutschlands größtem Komponisten! u. h.

Der Mietbewohnerverein

hielt am Donnerstag eine gut besuchte Versammlung im Hotel Herzon in Garthe ab. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung, ein Vortrag über Städtischen Wohnungs nachweise, mußte wegen Verhinderung des Vortragenden ausfallen. Der Verein wird aber in einer der nächsten Versammlungen zu der Frage Stellung nehmen. Durch den Vorstand wurde eine Eingabe an den Stadtrat gerichtet, in der die Einrichtung eines Städtischen Wohnungs nachweises gefordert wird. Der Vorsitzende, Oberpostsekretär Herrmann, meinte, die städtischen Kollegien seien diesem Antrage anscheinend günstig gesinnt, sie hätten es aber für notwendig, vor der weiteren Behandlung der Frage noch Erörterungen in anderen

Städten anzustellen. Dagegen behauerte Stadtv. Krüger, daß der Rat die Sache auf die lange Bank schiebe und auch hier, wie in vielen anderen sozialen Dingen, nicht vorwärts komme. Nach einer Polemik des Vorsitzenden gegen das eigenartige Verlangen der Hausbesitzergeitungen, die aufgestellte Behauptung, daß der Wohnungsmangel den Geburtenrückgang mildernde, mit Beweisen zu belegen, sprach Stadtrat Ved über: Der Kampf um die Wertzuwachssteuer in Dresden. Der Grund, warum der Verein sich damit beschäftigt, sei gegeben durch den Feldzug der Gegner der Wertzuwachssteuer, die alles daran setzen, um die Vereitigung dieser Steuer zu erreichen. Besonders eifrig in solchen Treibereien sei der neugegründete Verband zum Schutze des Grundbesitzes und des Realcredits. Der Stadtrat habe sich schon mit verschiedenen Eingaben, die den Befall der Zuschläge zur Wertzuwachssteuer forderten, beschäftigt. Wenn auch nicht anzunehmen sei, daß die Vereitigung einer so gerechten Steuer erreicht werde, so sei es doch angebracht, sich ganz entschieden gegen den Befall der Zuschläge, die der Stadt die hübsche Summe von 150 000 M. bringe, zu wenden. Dem Beschlusse des Vorstandes, der Verein solle sich wieder an den Stadtratsordnenenwahlen beteiligen, tritt die Versammlung einstimmig bei und bewilligt die dazu erforderlichen Mittel. — Eine rege Aussprache entwickelte sich dann über die Ausstragungen des Vorstandes, für Landerwerb und Hausbau bei den Behörden Vorkaufung zu machen. Das Reichsversicherungsamt und das Reichsamt des Innern haben für dieses Jahr die Bewilligung von Mitteln wegen anderweiter Festlegung abgelehnt, dagegen hat der Rat zu Dresden auf eine Eingabe zusammengeantwortet. Er will Land für Mittelwohnungen und zweite Hypotheken geben. Verschiedene Redner weisen auf die Schwierigkeiten hin, die aus der neuen Festlegung dem Verein erwachsen könnten. Stadtv. Krüger gestreute diese Bedenken. Wenn über den Beschluß des Rates große Verwirrung ausgebrochen worden sei, so müsse dem gegenüber gesagt werden, daß es verunwürdig gewesen wäre, wenn der Rat bei der großen Wohnungsnot und dem herrschenden Obdachlosentum in der Stadt eine andere Stellung eingenommen hätte. Das Anerbieten des Rates könne unter sorgfältiger Prüfung der näheren Bedingungen angenommen werden. Ratungsmaßnahme müsse sich der Verein mit wenigen Worten begnügen. Stadtrat Ved sprach sich in ähnlichem Sinne aus. Nach längerer eingehender Debatte wurde schließlich ein Antrag angenommen, der den Vorstand ermächtigt, vorbehaltlich der Genehmigung einer Mitgliederversammlung mit dem Rat zu Dresden Rechtsgehilfe abzusprechen.

Arbeitslosenstatistik.

Das Dresdner Gewerkschaftsamt hat am Mittwoch den 30. April eine Zählung der Arbeitslosen vorgenommen, an der sich von den 57 dem Gewerkschaftsamt angeschlossenen Gewerkschaften, die 65 Jahrgängen haben, 38 mit 47 Jahrgängen beteiligten. Das Ergebnis ist das folgende:

Table with 4 columns: Gewerkschaft, Befragte Mitglieder, Davon waren am 30. April arbeitslos, In Proz. Includes categories like Asphaltierer, Bauarbeiter, Bildhauer, etc.

Darunter sind 64 518 männliche Mitglieder, von denen 3822 (4,87 Proz.) arbeitslos waren, und 12 660 weibliche Mitglieder mit 618 (4,73 Proz.) Arbeitslosen; Kranke und Invaliden sind nicht mitgezählt. Von den Arbeitslosen mußten 15 (0,44 Proz.) mit der Arbeit aussetzen.

Gegen den gleichen Monat des Vorjahres hat sich die Zahl der Arbeitslosen von 2,06 auf 4,43 Proz., also um 1,47 Proz. erhöht. Die Zahl der männlichen Arbeitslosen ist von 1,81 auf 4,37 Proz., also um 3,06 Proz. gestiegen. Die Zahl der weiblichen Arbeitslosen ist von 1,19 auf 4,78 Proz., also um 3,78 Proz. gestiegen.

Die städtischen Eibäder

sind am 15. Mai eröffnet worden, und zwar das Männer- und Frauenbad am linken Elbufer oberhalb der Albertbrücke, das Frauen- und Mädchenbad am rechten Elbufer oberhalb der Friedrich-August-Brücke, das Knabenbad am rechten Elbufer unterhalb der Carolabrücke, das Eibad für Männer und Knaben am Großen Lstraßehege, gegenüber der Vorstadt Hebigau, und das Eibad für Männer und Knaben am linken Elbufer, gegenüber dem städtischen Wasserwerk an der Saloppe. Die letzteren zwei Bäder sind an je 2. beziehentlich 2 1/2 Tagen der Woche, und zwar: das Eibad am Großen Lstraßehege Dienstags und Freitags während des ganzen Tages, das

7. Eibad gegenüber dem städtischen Wasserwerk an der Saloppe Montags und Donnerstags während des ganzen Tages und Mittwochs nur vormittags ausschließlich zur Benutzung für weibliche Personen bestimmt, während diese beiden Bäder an den übrigen Tagen wie bisher nur für Männer und Knaben zur Benutzung bereitgehalten werden. Für die Benutzung der Bäder sind von Erwachsenen 5 Pf. zu bezahlen. Für täglich Unbemittelte werden Freimarken zur Verfügung gestellt, ohne daß sie sich durch Freimarken auszuweisen haben. Für die Benutzung eines Badegewandes sind 5 Pf. Leihgebühr zu bezahlen. Gleichzeitig sind auch wieder die beiden städtischen Freibäder für Männer unterhalb des Palaisgartens eröffnet worden. Sobald in den städtischen Badeanstalten infolge ungünstigen Wasserstandes nicht gebadet werden kann, wird dies durch Aufziehen einer gelben Fahne angezeigt.

Ein Sonderzug ins Erzgebirge

wird am Sonntag den 25. Mai verkehren. Der Sonderzug wird vormittags 6,50 Uhr von Dresden-Hauptbahnhof abgehen und 8,18 in Zschopau, 8,27 in Wittschthal, 8,48 in Wolfenstein, 9,19 in Annaberg, 9,54 in Cranzahl, 10,18 in Bärenstein, 10,28 in Weipert und 11,6 in Oberwiesenthal antommen. Rückfahrt des Sonderzuges am Abend desselben Tages 7,20 Uhr von Oberwiesenthal. Antritt in Dresden-Hauptbahnhof 12,28 Uhr nachts. Der Fahrkartenverkauf beginnt am 22. Mai und wird Sonnabends den 24. Mai abends 9 Uhr geschlossen. Der Fahrpreis 3. Klasse im Sonderzug von Dresden nach Oberwiesenthal beträgt 2,50 M., hin und zurück also 5 M. Reisende, die den Sonderzug zur Rückfahrt benutzen wollen, erhalten hierzu Fahrkarten zu gleichen Preisen nur bei Lösung der Karten für die Hin- und Rückfahrt.

Unfälle. Der achtjährige Knabe Möller, wohnhaft Flemingstraße 15, verunglückte schwer, als er Essen nach der Spiritusfabrik von Promisch, Friedrichstraße, trug. Der Knabe trat dort auf eine schon kaputte aber nicht geführte starke Glascheibe und stürzte circa 4 1/2 Meter tief in den Raum, den die Scheibe verdeckte. Schwerverletzt wurde das Kind nach dem Friedrichstädter Krankenhaus gebracht. — Am Rasenplatz stürzte ein Gefährt des Bauerngutsbesizers Lehmann aus Wieders, das zum Hauptbahnhof fahren wollte, infolge Bruches der Vorderräder um, die drei Insassen wurden aus dem Wagen geschleudert und zogen sich leichte Verletzungen zu. Die Gabelscheibe zerbrach, das Pferd wurde an den Hüften verletzt.

Vom Zuge überfahren ließ sich vergangene Nacht der 16 Jahre alte Sohn des Oberpostkassiers Oswald, der Vermdorfer Straße 15 in Vorstadt Löttau wohnt. Ein Streckwärter fand den schrecklich verstümmelten Leichnam in der Nähe der Garnisonmühle, Albertstraße, auf den Schienen. Nicht weit davon lag eine Frühstücksstube und ein Kaffeestrog. Bei dem jugendlichen Selbstmörder fand sich ein Zettel mit den Worten: „Verzeiht, ich habe es aus Reue getan.“ Diese Worte scheinen den Grund der schauerlichen Tat anzudeuten.

Selbstmorde. Eine Krüge schloß sich in der vorigen Nacht der Tschannenberger Straße 18 wohnende Formbadermeister Pommel in die Brust. Schwer verletzt wurde der Mann nach dem Friedrichstädter Krankenhaus gebracht. Ein Herzweiden wird als Grund der Tat angenommen. — Am Donnerstags mittag wurde in der Dresdner Heide am Rasenflügelweg der 69 Jahre alte Handelsmann Meywald aus Dresden erhängt aufgefunden. Der Grund zur Tat ist unbekannt.

Australisches Hammelfleisch wird am Montag den 19. Mai im Städtischen Vieh- und Schlachthof an hiesige Fleischmeister verkauft. Die Abgabe des Fleisches durch die Metzger beginnt am Dienstag den 20. Mai früh zu dem Preise von 85 Pf. für 1 Pfund Reule, 60 Pf. für 1 Pfund Bauch und 80 Pf. für 1 Pfund anderes Fleisch.

Billige Briefe nach Amerika (10 Pf. für je 20 Gramm). Die Postermäßigung erstreckt sich nur auf Briefe, nicht auch auf Postkarten, Drucksachen usw., und gilt nur für Briefe nach den Vereinigten Staaten von Amerika, nicht auch nach anderen Gebieten Amerikas, zum Beispiel Kanada. Kronprinz Wilhelm ab Bremen 20. Mai, Kaiserin Alexandra ab Hamburg 24. Mai, Kronprinzessin Cecilie ab Bremen 27. Mai, George Washington ab Bremen 31. Mai, Kaiser Wilhelm der Große ab Bremen 3. Juni, Amerika ab Hamburg 5. Juni, Prinz Friedrich Wilhelm ab Bremen 7. Juni, Kaiser Wilhelm II. ab Bremen 10. Juni, Kaiserin Auguste Viktoria ab Hamburg 12. Juni. (Vollständig nach Ankunft der Zugszüge.) — Alle diese Schiffe sind Schnelldampfer oder solche, die für eine bestimmte Zeit vor dem Abgange die schnellste Beförderungsmöglichkeit bieten. Es empfiehlt sich, die Briefe mit einem Leibernerker, wie „direkter Weg“ oder „über Bremen oder Hamburg“, zu versehen.

Ein Kulturbild. Unter dieser Epithete behandeln wir am Sonntag den Fall der polizeilichen Siftierung eines Krüppels, wobei wir bemerken, daß eine Anklage gegen ihn wahrscheinlich sei. Für diesen Fall erbietet sich Herr Rechtsanwalt G. zur kostenlosen Verteidigung. Da uns jedoch die Adresse des Siftierten unbekannt ist, geben wir von der Bereitwilligkeit des Anwalts hiermit Kenntnis, wir sind auch bereit, die Vermittlung zu übernehmen.

Aus der Umgebung.

Niederselb. Der Diplomingenieur Reinhold Schanze von hier, ein 32jähriger und verheirateter Mann, ist auf einer Pfingsttour in den Walliser Alpen mit einem befreundeten Arzt, Dr. Hoffmann aus Karlsruhe, als sie den Grand Combin besteigen wollten, abgestürzt. Beide hätten ihr Leben ein. Sie wurden am 3. Pfingstfesttag am Fuß der Felswand nur de Höhe von einer Hüfserpedition aufgefunden.

Wilsdruff. In einem sogenannten Eingeländt im redaktionellen Teil glaubt das hiesige Wochenblatt die Boykottbewegung der Wilsdruffer und Dresdner Arbeiterschaft gegen den Gasthof Klipphausen als vollständig unwirksam hinzustellen. Daß es dabei nicht ohne die lastbare bekannten Anrempelungen abgeht, versteht sich von selbst. Daß aber ist für uns ein Zeichen, daß der Boykott wirkt und daß die denkende Arbeiterschaft von Wilsdruff und Umgebung den Gasthof Klipphausen meiden. — Ferner teilen wir mit, daß sich anlässlich des Kaiserjubiläums ein Musikzug zur Unterstützung der evangelischen Missionen in den Kolonien gebildet hat, dem fast alle hiesigen Vereine angehören. Die organisierte Arbeiterschaft hat mit dieser Sache nichts zu

... wir lehnen vielmehr jede Unterstützung dieser Veran-

Niederländisch. Montag den 19. Mai von 1/2 5 bis 5 Uhr

Äpfelbroda. Die Gemeinde Äpfelbroda will Fabrik-

Coswig. In der am 9. Mai stattgefundenen Ver-

Köth. Bei der am 2. Mai vorgenommenen Arbeiter-

Stadeberg. Die öffentlichen Impfungen finden nach

Gerichtszeltung.

Landgericht.

Der Konkurs gegen die Produkte der Hamisch-Mühle

Wäckermeister Hiltstruppen und Bundesgenossen der Arbeiter,

Ein teures Schäferschändchen.

Am Abend des 12. Juli vorigen Jahres traf der 22-jährige

Diebstahl und Hehlerei.

Im hiesigen Deliktgeschäft A und B waren die Hand-

Die Jahreskonferenz der British Socialist Party.

Lk. London, 14. Mai.

Die British Socialist Party hielt während der Pfingstfesttage

Zum Vorstehenden der Konferenz wurde Genosse Dan Treding

Wessen die Partei bedarf, ist ein klares Ziel. Wir haben

Es wurden hierauf die Währungsreformvorschläge zu den Partei-

Bei der Diskussion des Vorstandesberichts kam es eben-

daß bald ein neuer Schritt in dieser Richtung unternommen werden

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Der Töpferverband im Jahre 1912.

Der soeben herausgegebene Jahresbericht des Verbandes der

Die Mitgliederzahl, die am Schluß des Rechnungsjahres

Die teilweise starke Krise im Töpfergewerbe kommt vor allem

Jahre etwas geringer als in den beiden Vorjahren. Das liegt

Inland.

Lohnbewegungen.

Die bei der Firma Doljmann u. Co. auf einem Neubau der

Ausland.

Tragischer Selbstmord eines Gewerkschaftsführers.

In Rodara in Oberitalien hat sich der Genosse C. m-

Veranstaltungen für Sonnabend.

6. Kreis. Bez. Garzig u. Nachbarorte in Hofmanns Restaurant in

Parteigenossen! Erwerbt das Bürgerrecht!

Neues aus aller Welt.

Die Homosexuellen in Berlin. Der an dem Anaben Mohn verübte Lustmord hat mit einem Schlage die öffentliche Aufmerksamkeit wieder auf die Kreise der Homosexuellen gelenkt...

Die eingekerkerten Homosexuellen haben - wie sich auch im Falle Mohn gezeigt hat - wenig direkten Verkehr mit den männlichen Prostituierten. Sie bilden eigene Gruppen...

Es ist jedenfalls kein Zufall, daß er der Kategorie der herrschaftlichen Diener angehört. Vermutlich ist gerade unter Dienern und Wachsen die Verkehrsmittel sehr stark verbreitet...

Das Unglück auf dem Torpedoboot S 148

hat leider noch weitere Todesopfer gefordert. Der schwerverletzte Ingenieurassistent Ude mann und der Maschinist Strögel sind nachts verstorben...

Ungefundene Leichenteile

Altona, 16. Mai. In der Vinnenalster wurden der Kopf und ein Bein des seit dem 7. Januar verschwundenen Kontorboten Müller aufgefunden...

Brandschaden

Hübel, 15. Mai. Das fast ein ganzes Straßenviertel bildende Kaufhaus Rudolf Karstadt, ein moderner Geschäftspalast, ist in den ersten Morgenstunden total ausgebrannt...

Raubmord

Müßlein (Ruhr), 15. Mai. Die Leiche des Arbeiters Kasten wurde mit einer schweren Kapfmurde aus der Ruhr gezogen. An dem Mord ist ein Raubmord verübt worden...

Tödtlicher Grubenunfall

Bochum, 15. Mai. In dem unterirdischen Grubenbetrieb der Schächte I und II der Bohde Schaarrod in Herne wurden in der heutigen Morgenstunde vier Bergleute von Gesteins- und Kohlen-

massen, die sich losgelöst hatten, verschüttet. Zwei erlitten tödliche Verletzungen, die beiden anderen schwere aber nicht tödliche Verletzungen.

Zugunglück

Gerolstein, 15. Mai. (Amtlich.) Gestern Abend fand auf Bahnhof Gerolstein ein Zusammenstoß zwischen einem einlaufenden Güterzug und einer Rangierabteilung statt...

Ueberraum

Rürnberg, 15. Mai. Der 42jährige Tagelöhner Kufner hat aus Eifer sucht seine gleichaltrige Ehefrau durch Revolvergeschüsse getötet. Dann erschloß er sich selbst.

Gerichtszeitung.

Schöffengericht.

Ein Wahrheitsbeweis mit Hindernissen.

Unter dem Vorbehalt des Amtrichters Höfer verhandelte gestern das hiesige Schöffengericht wegen angeleglicher Verleumdung des Gemeindevorstands Dreßler in Coschütz gegen die Genossen Eisenbecker, Parzsch, Vogerhalter, Härtwig, Kolporteur Reichold, Brauereiarbeiter Fleischer, Schlosser Gündel und Brauereiarbeiter Wurlhard...

Der als Zeuge vernommene Nebenkläger bezeichnete die Behauptungen im Flugblatt als unwahr. Von einem Wohnungselend sei ihm in Coschütz nichts bekannt. Es hätten damals vielmehr sieben Wohnungen leer gestanden...

anlaßt. Er (der Zeuge) hätte nicht über die Kinder Otte zu sagen gehabt.

Nach der Vernehmung dieser beiden Zeugen kam es zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen Vorstehenden und Verteidiger, Rechtsanwalt Diefte. Der Vorstehende schloß die Beweisnahme ab, obwohl noch eine ganze Anzahl Zeugen zur Führung des Wahrheitsbeweises im Sitzungssaal waren...

Das Gericht lehnte die Vernehmung aller übrigen Zeugen ab und verurteilte Parzsch als Verleüder zu 100 M., Härtwig, Reichold und Fleischer als Verbreiter zu je 40 M. und Gündel und Wurlhard als Mittäter zu je 60 M. Geldstrafe...

Bericht über den Schlachtviehmarkt am 15. Mai 1913 zu Dresden.

Table with columns: Schlachtvieh-eattung und Auftrieb, Wertklassen, Marktpreis für 50 kg Leb- | Schlacht-Gewicht. Rows include I. Rinder, B. Bullen, C. Kalben u. Kühe, D. Fresser, II. Schafe, III. Schafe, IV. Schweine.

Trinkt die gehaltreichen und wohlbekömmlichen Dresdner Felsenkeller-Biere. Advertisement for beer with logo and contact information.

Abputzer, Grundierer und Fertiggolierer auf Flügel und Pianos gesucht. Köhler-Heilbrunn John A. H. Weimar. Advertisement for piano repair.

Matelot, die grosse Mode: Palermo-Hüte. Advertisement for hats with illustrations of men in various styles and prices.

Vertical text on the right edge of the page, partially cut off, containing various notices and advertisements.

Zur ersten Konferenz der Papierfabrikarbeiter in Dresden

Am 18. und 19. Mai tagt im Volkshaus in Dresden eine vom Verband der Papierfabrikarbeiter Deutschlands einberufene Konferenz der in der Papierfabrikation beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Das Referat über die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft in der Papierfabrikation dürfte Zustände aufzeigen, wie man sie in unserer Zeit kaum noch für möglich halten sollte.

Die Arbeitzeit beträgt für die Maschinenarbeiter fast immer 10 Stunden ohne eigentliche Pausen (das Essen muß an den Maschinen und meist ohne Aufwachslösung der Aufsicht eingenommen werden).

Ueber die Ernährungsverhältnisse der Papierarbeiter machten die Beamten kurze aber interessante Mitteilungen.

Das sind einige Stichproben aus dem Bericht der Gewerbeaufsichtsbeamten. So, wie hier angegeben, liegen die Verhältnisse aber nicht nur in Vahren, sondern überall dort, wo die gewerkschaftliche Organisation noch nicht Eingang gefunden hat.

Die Angst vor Anschaffung neuer Schutzvorrichtungen und der doch gegen die gewöhnlich weniger als rigorosen Gewerbeaufsichtsbeamten macht sich in den schriftlichen Auslassungen in der Unternehmerpresse sehr häufig bemerkbar.

Einige Bemerkungen noch über die Entwicklung der Papierproduktion in Deutschland in den letzten Jahrzehnten.

Nicht nur die vorhandenen Maschinen, auch die beschäftigten Arbeiter werden immer mehr ausgenutzt.

Nur durch diese enorm gesteigerte Ausnutzung der Maschinen und Menschen erklärt es sich, daß die Zahl der in der Papierindustrie beschäftigten Arbeiter mit der kolossal gesteigerten Produktion auch nicht annähernd Schritt gehalten hat.

Das mit dieser enormen Steigerung der Produktivität und der Produktion der Arbeitelohn nicht gleichen Schritt gehalten hat, ist die Tatsache selbstverständlich.

Die folgende Tabelle:

Table with 6 columns: Production in Kilograms, Number of Workers, Increase in Workers, Wage per Worker, and Paper Production per Worker. Rows for years 1850, 1897, 1909, 1910, and a percentage increase from 1897.

Die folgende Tabelle zeigt, daß die Produktion seit 1897 dreimal mehr gesteigert worden ist als die Arbeiterzahl.

Daß die Unternehmer trotzdem über die hohen Löhne der Arbeiter und über die „erschütternden sozialen Kosten“ jammern, versteht sich am Rande.

Arbeiter-Turnerbund Deutschlands.

Der deutsche Arbeiter-Turnerbund hält in den Tagen vom 25. bis 29. Mai d. J. in Mannheim seinen 11. Bundeskongress ab.

Wenn da berichtet wird, daß in beinahe 300 Reichstagen die Bundesverwaltung die Vereine gegen behördliche Maßnahmen und strapalose Bestrafung zu verteidigen hatte, so erkennen wir daraus, welche Bedeutung die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter schon gewonnen haben.

Die dritte Konferenz der Sattler, Tischler, Kleber und Portefeulleur begann am Pfingstsonntag in Wien im Hotel Raphael ihre Beratungen.

Die dritte Konferenz der Sattler, Tischler, Kleber und Portefeulleur begann am Pfingstsonntag in Wien im Hotel Raphael ihre Beratungen.

Die dritte Konferenz der Sattler, Tischler, Kleber und Portefeulleur begann am Pfingstsonntag in Wien im Hotel Raphael ihre Beratungen.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Internationale Konferenz der Sattler.

Die dritte Konferenz der Sattler, Tischler, Kleber und Portefeulleur begann am Pfingstsonntag in Wien im Hotel Raphael ihre Beratungen.

Die dritte Konferenz der Sattler, Tischler, Kleber und Portefeulleur begann am Pfingstsonntag in Wien im Hotel Raphael ihre Beratungen.

Die dritte Konferenz der Sattler, Tischler, Kleber und Portefeulleur begann am Pfingstsonntag in Wien im Hotel Raphael ihre Beratungen.

Die dritte Konferenz der Sattler, Tischler, Kleber und Portefeulleur begann am Pfingstsonntag in Wien im Hotel Raphael ihre Beratungen.

Solange die Separatisten der Zentralorganisation fernbleiben, nicht zu denken sei. Die Aufnahme der separatistischen Gewerkschaft wurde abgelehnt.

Angenommen wurde ein von Jönien begründeter Antrag, der internationale Sekretär habe einen jährlichen Bericht über Mitgliederbestand, Klassenverhältnisse und Lohnbewegungen der angeschlossenen Organisationen herauszugeben.

Ueber die Heimarbeit erstattete Oberndorfer ein ausführliches Referat.

Als nächster Ort der internationalen Konferenz wurde Kopenhagen bestimmt. Sie soll im Jahre 1917 stattfinden.

Juland

Der Deutsche Metallarbeiterverband in Sachsen im Jahre 1912.

Der Bericht des 4. Bezirks des Metallarbeiterverbandes (Sachsen-Altenburg) schildert, wie das Jahr 1912 in seinem Anfang ein Jahr der flotten Geschäftslage war.

Die Mitgliederzahl konnte mit Ausschluß der übergetretenen Schmiede (2594) allerdings nur um 5555 erhöht werden.

Ausgaben und Einnahmen balancieren infolge der Kostenbestände (Haupt- und Nebenkassen) mit 4373 913 Mk.

Nicht uninteressant ist auch die Statistik der Lohnbewegungen. Ausperrungen gab es im verflochtenen Jahre keine.

Der Verband führte 1912 insgesamt 277 Lohnbewegungen durch. Von diesen waren 29 Angriffs-, 18 Abwehrstreiks; 207 Angriffsbewegungen und 23 Abwehrbewegungen wurden ohne Arbeitsniederlegung durchgeführt.

Die dritte Konferenz der Sattler, Tischler, Kleber und Portefeulleur begann am Pfingstsonntag in Wien im Hotel Raphael ihre Beratungen.

Die dritte Konferenz der Sattler, Tischler, Kleber und Portefeulleur begann am Pfingstsonntag in Wien im Hotel Raphael ihre Beratungen.

Die dritte Konferenz der Sattler, Tischler, Kleber und Portefeulleur begann am Pfingstsonntag in Wien im Hotel Raphael ihre Beratungen.

Die dritte Konferenz der Sattler, Tischler, Kleber und Portefeulleur begann am Pfingstsonntag in Wien im Hotel Raphael ihre Beratungen.

mann zum Krager der Verwaltung gewissenhaft erfüllt, wurde er am 14. Oktober ohne Angabe irgendwelches Grundes einfach entlassen.

Mit dieser ungerechten Entlassung, die den Bestimmungen im Allgemeinen Vergesetz widerspricht, war Reichmann nicht zufrieden. Er strengte gegen die Gewerkeverwaltung Klage beim Vergewerkegericht an und verlangte neben seiner Wiedereinstellung als Sicherheitsmann den ihm entstandenen Schaden von der Fache ersetzt.

Diefer Fall ist ein krasses Beispiel dafür, wie die Grundherren und ihre Handlanger Recht und Gesege achten. Wie lange wird die Bergbehörde, die über das sächsische Bergwesen die Aufsicht führt, sich gegen die Willkür der Grundherren wehren?

Verfälschte Nahrungsmittel.

Was dem deutschen Milch — dank kapitalistischer Profitgier — alles zu essen zugemutet wird, dafür liefert der neueste Band der amtlichen Mitteilungen über das Gesundheitswesen im preussischen Staate wieder eine Fülle recht unappetitlicher Beispiele.

Schlächter im Regierungsbezirk Frankfurt a. M., die schon jahrelang gehalten hatte, unter Zusatz von verdorbenem Pöfelfleisch von neuem zu kauft. Ein Schlächtermeister besuchte täglich die Berliner Markthallen und bemühte sich dort nicht mehr verlässliche, zum Teil bereits verdorbene Fleisch zu seiner Fabrikation.

vom Boden zusammengekehrte Mehl verwannte, das viel Sand, Holzseifen und Milchen enthält. Und so weiter!

Der Bericht würde vermutlich noch über viel tollere Zustände berichten können, wenn die Kontrolle weniger bürokratisch gehandhabt würde. Die Proben zur Untersuchung der Nahrungsmittel werden nur teilweise von sachverständigen Chemikern entnommen.

Victoria-Salon, I. Varieté-Theater Dresden. Der unübertr. Komiker Weinreiß mit Ensemble. The Yankee Kids, 5 englische Damen-Schönheiten unter Direktion von Madame Tillier; Rolf Halba, der exzellente Wunder-Manipulator; Bernat-Trio, 1 Dame, 2 Herren, die sensationellen gymnastischen Equilibristen; Carl Bernhard, der erste Humorist der Gegenwart.

Aufklärung! Ausverkauf während des Neubaus. Es besteht vielfach die Meinung, dass ich mein Geschäft aufgeben. Mein Spezialgeschäft, welches seit 14 Jahren besteht, bleibt nach wie vor in demselben Laden Wettiner-, Ecke Zwingerstraße 8 bestehen. Um meiner Kundschaft etwas ganz Besonderes während der Bautage zu bieten, habe verschiedene Posten, in der Hauptsache die Waren aus den Schaufenstern, zu spottbilligen Preisen zum Verkauf gestellt.

Streichfärbige und trockene Farben, Lacke, Firnisse, Siniel, Leim, Bronzen, Schellack, Schälkosen, Gemüse- und Blumenfarbereien in großer Auswahl empfiehlt Adler-Drogerie, Postfach 100, Dresden, Straße 35, Ecke Pöckelstraße.

Gut und billig kauft man bei Wähler, Dresden Breite Straße 12, 2. Et. Herren- und Burschen-Anzüge aller Farben, ein- und zweifach, sowie Warenanzüge mit Streifen, Hüften, Gummi-Mäntel für Herren, Damen und Burschen, Wetter-Beleinen, Neue Schuhe für Herren, Burschen und Kinder äußerst billig.

Auf Kredit! Spezial-Konfektions-Tage ca. 1000 Stück Anzüge, Ulster, Damenkostüme, Röcke, Blusen usw. zu jeder annehmbaren, eventuell auch ohne Anzahlung. Uhren, Schuhwaren, Sport- u. Kinderwagen, Abzahlung wöchtl. 1 M. N. Osswald, Dresden, Marienstr. 12, 1., im Hause von Weibel & Zeeh.

Wegen Auflösung des Kleider-Magazins Annenstr. 16, 1., rechts gegenüber d. Hauptfeuerwache Total-Ausverkauf

Segeltuchschuhe und Pantoffel mit Treibriemensohlen. Großer Schuhlager, Reparaturen. R. Hirschfeld, Freiburger Str. 23.

22 Nur 22 Krufen Herren nur wenig getr. herrsch. Maßanzüge v. 8, 10, 15 M., Sommerpaleotis u. Ulster, einzelne Jacken, Westen u. Schuhs von 2 M. an Gelegenheitskost in neuen Herren- und Burschen-Anzügen v. 10 M. an. Knaben-Anzüge von 3.50 M. an. Wetter-Beleinen von 5.50 M. an. Frack- u. Gehrock-Anzüge werden bill. verkauft und vertieft. Großer Posten in neuen Herren- und Burschen-Anzügen v. 5 M. an. Ausw. einzel. Jackenanzüge.

M. Dankner Dresden-A., Vordamm 11 vis-à-vis der Bärenschänke. Kinderwagen, Klappwagen, neu u. geb., 6-20 M. bei Ischold, Gerichthofstr. 12, Hof, Gebr. Wagon w. eingetauscht od. auch gef. [B 1906]

Zehnte, Bettstellen, Sofas, Stommoden, Vertikos, Baldische, Garderobe: alles von 10 M. an. Spiegel, Stühle, Tische von 8 M. an. Feuerhebel in jeder Preislage. Galeriestraße 11, 1. Tel. 19122. — Bitte genau auf Adresse zu achten. [A 166-16]

Erstkl. Räder neu u. geb., Zubehör usw. alle Reparaturen bill. (auch Zeitungs-). M. Engel, Dr.-Brunn, Rainaldstraße 26

Modern. Klapp-Sportwagen. Reichtreffel, Kinderwagen, bill. zu verkaufen. Sittengasse 8, part.

Waschtisch mit Warmwasserlauf 28 M., b. zu d. elegant. Tränkner, Schillerstr. 21/23, Möbelhaus

Aufruf!!! Verschenken Herren-Garderobe tut niemand, jedoch billig und gut. J. B. getragene Maßanzüge v. 6-35 M., Ulster-Hebergier von 6-30 M., neue Musteranzüge von 8, 12, 15, 18, 21, 25, 28-48 M. kauft man im Garderobehaus Zum Weber Dresden-Altstadt [7, 1. Webergasse 17, 1.]

1 Posten [K 267] Steppdecken bedeutend unter Preis Serreststr. 10, 1.

6 Teppiche prachtvolle Muster, wegen H. Fehler bedeutend unter Preis Serreststr. 10, 1. [K 267]

Leib-Binden Monatsgürtel, Spritzen NUR Wallstr. 4

Prachtb. gebedt. Pflanzholz, neu, 45 M., Hochleg. Pl.-Garatur, 65 M., gebt. Sofa, 15 M., zu vert. [B 1200] Ferdinandstr. 10, part. 1.

Kleian's 10-Pf.-Back-Pulver

Fahrrad-Reparaturen [A 170] sowie Zubehör, solid u. preiswert Hugo Pöschke, Mechaniker Neue Gasse 26, gegenüber d. Serreststr.

Enorm billig! teilweise bis 40% zurückgelast Teppiche u. Gardinen Gardinen gr. Stoffe, haltbare Qualität. Refer von 30 M. bis 1 M. Teppiche von 4.50 bis 120 M. Chaiselongue-Becken von 5 bis 30 M. Portieren Steilig, von 3 bis 15 M. Tischdecken in Filz, Tuch u. Plüsch von 20 M. bis 15 M. Sofa-Bezüge der ganze Bezug v. 5 bis 20 M. Schlafdecken von 80 M. bis 5 M. Steppdecken von 3 bis 15 M. [A 166]

Starer Jetzt Grunauer Str. 23 nur 1. Etage. Kein Laden.

Was wir verkaufen,
dient uns als Empfehlung.

Diese Woche eingetroffen:

Wie wir verkaufen,
dient uns als Reklame.

Ca. 600 Gummitin-Mäntel

und gummitartige Mäntel, 135 bis 145 cm lang, Raglan- und Reversfassons, mit und ohne Gürtel, allererste Fabrikate, **wetterfest**, in hell und dunkelmode, hell und dunkelgrau, marine, schwarz und Covercoatfarben, in tadelloser Verarbeitung und nur neuesten, moderaten Fassons, in allen Weiten

regulärer Verkaufspreis 24 bis 48 Mk.

Serie I	Serie II	jetzt nur	Serie III	jetzt nur	Serie IV	Serie V
13.75	16.50		19.50		22.50	28.00

Voranzeige

ALSBERG's

DRESDEN • DRESDEN •

grosser Verkauf zu **Volkstümlichen Preisen**

beginnt Montag

Ca. 800 Popeline-Paletots und Mäntel

nur reinwollene, imprägnierte Qualitäten, 85 bis 145 cm lang, in den modernsten Fassons und apartesten Garnierungen, glatte und Cutaway-Fassons, in den modernsten, hellen, mittleren und dunkelbräunen Farbentönen.

Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV	Serie V	Serie VI
6.75	9.75	11.75	13.75	16.50	19.50

Der Verkauf dieser Mäntel
beginnt heute.

des Teil ein selten güns

Der sozialdemokratische Bezirksverband Dresden im Jahre 1912/13.

Der Bezirksverband Dresden hat soeben seinen Geschäftsbericht auf das letzte Parteijahr herausgegeben, das infolge Verlegung durch einen Beschluß des Chemnitzer Parteitages diesmal mit neun Monate umfaßt: 1. Juli 1912 bis 31. März 1913. Der Bericht gliedert sich in 14 Abschnitten auf 26 Seiten eingehend über die wichtigsten Vorgänge in den neun Reichstagswahlkreisen des Bezirks. Er wird wie üblich allen Parteifunktionären zugelegt, ihn ganz in der Zeitung abzubringen, ist schon aus Raumgründen nicht möglich. Das wichtigste sei jedoch in verkürzter Form wiedergegeben. Im Abschnitt

Agitation

wird eingehender über alle größeren Aktionen berichtet, die für die Partei unternommen wurden und sich ergaben aus der politischen Lage. Dann heißt es weiter: „An schriftlichem Agitationsmaterial ist auch in dem abgelaufenen Zeitraum den Kreisen eine reiche Auswahl zur Information und Veranstaltung überwiesen worden. Wir wollen bei dieser Gelegenheit nicht verfehlen, die Kreisleitungen noch besonders auf das ihnen übermittelte Material zu verweisen. Es ist gut, das selbe auch dann, wenn eine direkte Verwendung nicht stattfinden soll, nicht achtlos beiseite zu legen. Das gilt vornehmlich von den gegen die Annahme des Reichsverbandes gerichteten Antwortschriften. Haben wir auch die Angriffe selbst nicht besonders zu fürchten, so ist es doch nötig, ein machbares Auge zu haben und gegebenenfalls die Antwort nicht schuldig zu bleiben. Die vom Parteivorstand zu diesem Zweck zur Verfügung gestellten Flugblätter sind eine unerschöpfliche Fundgrube an brauchbarem Material. — Es sind in der Verlagszeit den Kreisen durch den Parteivorstand vermittelt worden: 12 Flugblätter und 8 Proschüren vom Parteivorstand, ein Abzug der veränderten Bestimmungen der Reichstagswahlordnung vom Landesvorstand und der Reichstagswahlordnung vom Parteivorstand, 2 Abzüge vom Parteivorstand herabgegebenen Flugblätter, sowie die im Bezirk zur Verbreitung gelangten, sind auf unseren Antrag den ärmeren Kreisen unentgeltlich geliefert worden. Aus dem Reichstagswahlkreis Dresden wurden abgegeben das Flugblatt zur Volkschuleform, der Agitationskalendar in einer Auflage von 150 000 und für die Parteifunktionäre und Gemeinderatsmitglieder das Protokoll der Landesversammlung von 1912. Die Lieferung der kommunalen Praxis an die Gemeindevorstände war früher den Kreisen übertragen. Jetzt geschieht dies durch den Parteivorstand; dadurch ist es möglich geworden, diese der Information und Belehrung unserer Gemeindevorstände dienende Zeitschrift auch den ärmeren Kreisen zugänglich zu machen. Die systematische Agitation unter der landlichen Bevölkerung durch periodisch unter einem besonderen Namen erscheinende Flugblätter nimmt in unserem Bezirk immer größeren Umfang an. Zwei dieser Flugblätter, die kurz und in leicht verständlicher Weise über die allgemeine politische Lage zu berichten, im übrigen aber interessante Vorgänge aus dem Kreis zu behandeln, um die Bevölkerung möglichst überhaupt zum Lesen anzuregen und sie mit unseren grundsätzlichen Anschauungen vertraut zu machen. Unseren Gegnern ist diese Agitation überaus unangenehm, das beweisen die ebenso ungeschickten wie gehässigen Ausfälle, die sie von Zeit zu Zeit als Antwort auf unsere Flugblätter unternehmen. Im 4. Kreis, wo eine solche Agitationschrift unter dem Namen Der Völkler vom Lande seit dem Jahre 1911 erscheint, haben wir überaus günstige Erfolge für die Organisation und unsere Presse zu verzeichnen, obwohl gerade hier sich die Gegner die größte Mühe geben, dieser Agitation mit einem gleichnamigen Flugblatt zu begegnen. Im 9. Kreis erscheint allerdings nach längerem Pausen als im Wahljahr der Arme Konrad, für dessen Verfehlung der Parteivorstand die Kosten getragen hat. Im 8. Kreis, dessen Landbesitzer sich über die Sächsischen Schweiß- und einen Teil des Erzgebirges bis an die böhmische Grenze erstreckt, und das noch eine intensive Bearbeitung erfordert, ist die Herausgabe einer Landagitationschrift in Vorbereitung, und auch der 7. Kreis bedarf in diesem Jahre der Vertheilung, die dem Ausmaß von Anregungen und Erfahrungen seitens der Kreise folgt. — Ueberall ist man eifrig bestrebt, die von größeren Veranstaltungen freie Zeitperiode auszunützen, um unter dem landlichen Proletariat den sozialistischen Gedanken zu verbreiten und einen festen Stamm Anhänger heranzubilden, die in größeren politischen Kämpfen sich nicht von Augenblinkschwankungen verwirren lassen.“

Organisation.

Das System, den Parteivorstand aus den Vertretern sämtlicher Ortsgruppen zusammenzusetzen, muß die Aktionsfähigkeit und Beweglichkeit vornehmlich in den landlichen und viele Ortsgruppen umfassenden Kreisen wesentlich beeinträchtigen. Aus den diesbezüglichen und in beständiger Zunahme befindlichen Aufgaben unserer Partei ergibt sich von selbst die Notwendigkeit, daß die Kreisleitungen sich nicht bloß wie früher auf eine Sitzung im Quartal beschränken, sondern öfter zusammenkommen, um eine Anhäufung des Arbeitsstoffes zu vermeiden. Auch da, wo es die Verkehrs- und vor allem die wohnverhältnisse gestatten, alle Ortsgruppen zu der gemeinsamen Sitzungsarbeit heranzuziehen, hat man die Einrichtung getroffen, durch einen engeren Kreisverband die wichtigsten Verhandlungsgegenstände vorzubereiten. In den Kreisen aber, wo diese Möglichkeit nicht gegeben ist, kommt das System der Bezirksseminare immer mehr zur Durchführung. Dem Vorort des Kreises amtierenden Vorstand stehen die Bezirksleiter als Vorgesetzte für die ihnen zugewiesenen Ortsgruppen zur Seite, bringen deren Wünsche im Kreisverband zum Ausdruck und stellen so eine Zählung der Mitglieder mit der Kreisleitung her, an die bei der früher beschränkten Anzahl Reichstagswahlen nicht zu denken war. Der Erfolg eines solchen Organisationsaufbaues, in dem natürlich zeitweilige Besprechungen zwischen Kreisverband und Ortsgruppen nicht ausgeschlossen sind, wird allerdings auch nur von der Umsicht, der Thätigkeit und der Arbeitsfreudigkeit der Bezirksleiter, sowie sämtlicher Genossen im Kreis abhängen. Auch die Zusammenkunft der Kreiskonferenzen erfolgt in den meisten Kreisen unseres Bezirks durch Delegierte, bei deren Zahl der Mitgliederbestand der Ortsgruppen zugrunde gelegt ist. Die Entscheidungen dieser nach demokratischen Grundsätzen zusammengekommenen Konferenzen werden nie von Zufallsmajoritäten abhängig sein. Der 1. Kreis hat seine Organisation

unter Berücksichtigung der lokalen Verhältnisse bereits in ähnlichem Sinne eingerichtet, während im 3. Kreis dies im kommenden Geschäftsjahr beabsichtigt ist. Der 7. Kreis dürfte als erster unter den landlichen Kreisen unseres Bezirks seinen Ausbau nach dem System der Bezirksseminare vorgenommen haben, und die Organisation funktioniert dort sehr gut. Im 8. Kreis hat man im vergangenen Jahre unter der einmütigen Zustimmung der Ortsgruppen gleichfalls diese Organisationsform eingeführt, und die Reorganisation im 2. Kreis, die zunächst bei einzelnen Genossen Bedenken hervorrief, hat ganz gewiß die Parteiarbeit in diesem von unseren Gegnern so heiß umstrittenen Gebiet nur gefördert. Der 9. Kreis arbeitet für seine Ortsgruppen an der Durchführung eines demokratischen Abstimmungsmodus über wichtige Parteifragen und bei Delegationen, um so allen Genossen im Kreis ihren Einfluß zu sichern.

Die Kreise sind natürlich bei Ausgestaltung ihrer Organisationen selbständig, da diese sich nicht nach der Schablone, sondern unter Berücksichtigung der gegebenen Verhältnisse vollziehen soll. Der Parteivorstand erblickt hierbei seine Aufgabe lediglich darin, den Genossen auf deren Ruf mit Rat und Anregungen zur Seite zu stehen. Wo dies im vergangenen Jahre geschehen ist, war der Wille ausschlaggebend, der Organisation zu nützen und die Bewegung vorwärts zu treiben.

Um den Frauen unseres Bezirksverbandes Gelegenheit zu einer Aussprache über den Stand der Frauenorganisation und die politische Schulung des weiblichen Proletariats zu geben, hatte der Parteivorstand am 8. Dezember vorigen Jahres eine Frauenkonferenz nach Dresden einberufen. Sie war aus den neun sächsischen Kreisen von 23 Delegierten und den Kreisvorsitzenden besetzt. Die Situationsberichte, vor allem aus den landlichen Distrikten, ließen erkennen, daß die Agitation und sozialistische Durchbildung der Frauen dort gute Erfolge zu verzeichnen hatte, wo man in ausflüchtender Mitarbeit die wichtigste Aufgabe der Frauenbewegung erblickt. In diesem Sinne bewegte sich auch das infratägliche Vortragsprogramm der Konferenz, die durch einen Antrag Besprechungen der Kreisleitungen mit den weiblichen Vorstandsmitgliedern der Ortsvereine empfahl, um so die Agitation unter dem weiblichen Proletariat zu fördern. Die auf der Konferenz in Antragsform von den Dresdner Delegierten ausgesprochenen Wünsche erstreckten sich auf: 1. Anstellung einer Bezirkssekretärin; 2. Wahl je einer Frau in den Bezirks- und Landesvorstand, und 3. Abhaltung von Frauendiskussionsabenden und Unterrichtskursen für die Leiterinnen dieser Abende. Den Antrag der Genossin Jähle sowie den Antrag 3 der Dresdner Genossinnen überwiegt die Konferenz den Kreisen zur Weiterverfolgung. Von den anwesenden Kreisvorsitzenden wurde betont, daß Frauendiskussionsabende, sofern diese nicht den Anfang zu Sonderorganisationen darstellen und den Genossinnen das Eindringen in die sozialistische Weltanschauung erleichtern sollen, schon von jeher durch die Kreisleitungen gefördert wurden. Der Antrag 2 konnte nur als Willensäußerung der Frauen betrachtet werden, da es diesen frei steht, bei der alljährlichen Wahl des Bezirks- und Landesvorstandes ihre Vorschläge einzubringen. Die Anstellung einer Bezirkssekretärin lehnte die Konferenz einstimmig ab, da ein Bedürfnis hierfür nicht vorliegt. Sofern die Anstellung der Verwaltungsarbeiten im Parteivorstand eine Erweiterung nötig mache, sei in erster Linie Wert auf Weiterführung des Verwaltungs- und Organisationslebens im Bezirk zu legen, da für Versammlungsagitation, auch wenn es sich um solche unter den Frauen handelt, genügend Kräfte zur Verfügung stehen.

Zur Beilegung von Differenzen und Verhandlung von Auswärtigen wurde der Parteivorstand im Berichtsjahre erheblich häufiger als früher in Anspruch genommen. Bei dieser Gelegenheit möchten wir die schon oft ausgesprochene Mahnung an die Kreisleitungen wiederholen, bei Einleitung des Ausschlußverfahrens äußerst sorgfältig vorzugehen und vorkommende Differenzen immer erst in einem Kreisverhandlungsverfahren eingehend unterzuchen zu lassen. Nur wenn die festgestellten Vergehen die Merkmale des § 26 Absatz 1 des Organisationsstatutes unantastbar tragen, soll das Ausschlußverfahren beim Parteivorstand anhängig gemacht werden. Andererseits aber möchten wir die Genossen, die es mitunter zu Ausschlußverfahren über ihre Person kommen lassen, lediglich nur, um eine nach ihrer Auffassung frivole Frage zur grundsätzlichen Entscheidung zu bringen, an die Unannehmlichkeiten unangenehmer Arbeit, von Zeitweiligen und Geldstrafen eines Ausschlußverfahrens erinnern. Zu wiederholten Differenzen führte die Verweigerung des Tagesordnungspunktes vom 1. Mai.“

Rum werden die einzelnen Fälle kurz erörtert, dann fährt der Bericht fort: „Aus der kurzen Wiedergabe der Einzelfälle, bei denen der Parteivorstand direkt als Instanz oder durch Abordnung eines seiner Mitglieder beteiligt war, und die meist eine umfangreiche Korrespondenz und Sitzungsarbeit erforderten, mögen die Genossen ersehen, in welchem Maße die Arbeitskraft des Parteivorstandes auf diesem Gebiete in Anspruch genommen wird. Wir verkennen nicht, daß in einem großen Bezirk, wie der unsrige, Differenzen entstehen, zu deren Austrag der Parteivorstand berufen ist. Jedenfalls aber dürfte darüber nur eine Meinung bestehen, daß durch das Verlangen einzelner Genossen, die Frage des Wartgeldverbleibes trotz der klaren Parteitagbeschlüsse noch besonders entscheiden zu lassen, der Partei ganz überflüssigerweise Opfer auferlegt wurden. — Das in Chemnitz geschaffene neue Organisationsstatut sieht in § 20 einen Parteiausfluß, bestehend aus Vertretern der Landes- und Bezirksverbände, vor. Für den Bezirk Dresden ist hierzu der Genosse Zielhner gewählt. — Zur Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten fanden in den 9 Monaten, über die sich unser Bericht erstreckt, 29 Sitzungen des Parteivorstandes, davon 2 auswärtig, statt. (Im Geschäftsjahr 1911/12: 29). Es wurden weiter außer den Vorstandssitzungen der drei Dresdner Kreise 21 (25) auswärtige Kreisitzungen und Konferenzen teils durch den Sekretär, teils durch Mitglieder des Parteivorstandes besetzt. Ueber die Beratungen dieser Sitzungen wird der Parteivorstand auf dem Laufenden erhalten, und die wichtigsten Beschlüsse derselben sind protokolliert. Die Dresdner Zentralkommission wurde zu 10 (12) Sitzungen zusammenberufen. Der Parteivorstand nahm ferner teil an der Landeskonferenz sowie an 5 (9) Sitzungen der Landesinstanzen, an 2 Sitzungen des Parteiausflusses und einer Konferenz der Landes- und Bezirksverbände mit dem Parteivorstand (2). Innerhalb des Bezirksverbandes

fanden statt: Eine Frauenkonferenz, eine Sitzung mit den Kreisvorsitzenden und drei Bezirksversammlungen. In den letzteren wurde aus den Landesitzungen und dem Parteiausfluß eingehend Bericht erstattet und zu allen das Parteileben im Bezirk betreffenden Fragen Stellung genommen. (Fortsetzung folgt.)

Parteiangelegenheiten.

Jahresbericht der Unterstützungsvereinigung für das Jahr 1912.

Der Unterstützungsvereinigung sind im Jahre 1912 neu hinzugetreten 477 Mitglieder. Von den eingetragenen Mitgliedern waren ihrer Berufsstellung nach 296 Gewerkschaftsangehörige, 32 Erzieherinnen, 24 Parteiangestellte, 22 Redakteure, 20 Buchhandlungsangestellte, 16 Vertriebskräfte, 15 Arbeitersekretäre, 15 Geschäftsführer, 7 Krankenkassenangehörige, 6 Schriftsteller und 24 Angestellte anderer Arbeitervereinigungen. Ausgeschlossen wegen fehlender Beiträge wurden 25 Mitglieder; wegen Berufswechsels schieden 81 aus. Von den ausgeschiedenen waren 59 Gewerkschaftsangehörige, 14 Redakteure, 11 Buchhandlungsangestellte, 9 Erzieherinnen, 4 Arbeitersekretäre, 4 Parteiangestellte, 2 Vertriebskräfte, 1 Geschäftsführer, 1 Krankenkassenangehöriger und 1 freier Schriftsteller.

Durch den Tod verlor die Vereinigung 22 Mitglieder, und zwar die Gewerkschaftsangehörigen Karthäuser, Horn, Wundolph, Burghard, Bachhaus, Schmidt, Bömelburg, Petermann; die Erzieherinnen Krieger, Krapp, Weiß, Anders und Reimer; die Redakteure Tiefel, Kollwagen und Herzberg; den Vertriebskraften Stauer; den Arbeitersekretären Hippeler; den Parteiangestellten Wegmann; den Buchhandlungsangestellten Buchheim; den Geschäftsführer Stegmann und den Krankenkassenangehörigen Schulze.

Der Mitgliederbestand ist nunmehr auf 3297 gestiegen, gegen 2948 im Vorjahre, mithin eine Zunahme von 349. An Unterstützungen kamen im Jahre 1912 hinzu: Für 15 Witwen Jahresrenten 8400 M., nachträgliche Gewährung einer Rente an die Witwe eines verstorbenen Mitgliedes 600 M., Kinderrenten für 14 Kinder 1100 M., an 7 invalide Mitglieder 5627,90 M.

Von den laufenden Witwenrenten wurde eine durch die Wiederbeibringung der Rentenempfängerin abgelöst, eine Witwe starb im Jahre 1912. Den Hinterbliebenen von 4 Mitgliedern konnte eine Unterstützung nicht zugesprochen werden, da die Verstorbenen die im Statut festgesetzte Karenzzeit nicht zurückgelegt hatten. Den Hinterbliebenen von zwei verstorbenen Genossen konnte eine Unterstützung nicht gewährt werden, da die Verstorbenen wegen fehlender Beiträge seit längerer Zeit aus der Mitgliederliste gestrichen waren. Zwei Mitglieder hinterließen keine Angehörigen und bei einem Mitgliede mußte die Rente an die Hinterbliebenen abgelöst werden auf Grund des § 15, Absatz 3, des Statuts.

Betracht nach Witwen- und Kinderrente gewährte die Vereinigung im Jahresbericht an 88 Witwen 47 800 M. Jahresrente und an 124 Kinder 8600 M. Kinderrente; an 5 Kinder 400 M. Waisenrente und an 19 Invaliden 16 428 M. Invalidenrente. Die buchmäßige Ausgabe für Witwen- und Kinderrente betrug 52 339,45 M., für Waisenrente 697,50 M. und für Invalidenrente 15 352,80 M. Der Betrag für Waisenrente ist höher als die tatsächliche Verpflichtung für das Berichtsjahr, weil nach dem Beschluß der Hauptversammlung Waisenrenten nachgezahlt wurden. Von den Invalidenrenten - Empfänger sind 3 im Jahre 1912 gestorben. Die Zahl der Invaliden betrug am Ende des Geschäftsjahres 19.

Durch eine Umfrage im Jahre 1912 ist ermittelt worden, welcher Gehalt die Invaliden in ihrer letzten Stellung bezogen und welche Unterstützungen aus anderen Quellen sie erhalten. Die Ermittlungen waren notwendig, weil durch die Änderungen des Statuts, die auf unserer Hauptversammlung am 17. und 18. Mai 1912 beschlossen wurden, bei der Berechnung der Invalidenrente die Fortzahlung des Gehalts sowie die Beiträge, die das Mitglied aus anderen Quellen bezieht, in Anrechnung kommen. Die Zusammenstellung ergibt, daß nur ein Mitglied bei herabgesetztem Gehalt noch in Stellung ist und nur zwei ohne weitere Anstellung einen Teil des Gehalts beziehen. Sichen Rentenempfänger erhalten keine Invalidenrente aus der staatlichen Versicherung, weil sie die Versicherung verlassen haben, und nur zwei können Bezüge aus einer Unterstüfungskasse der Gewerkschaft beziehen. Es ist ersichtlich, daß die Zuschüsse zu den Unterstüfungsbeträgen unserer Kasse eine sehr willkommene Ergänzung der Rentenbezüge bedeuten. Die neuen Bestimmungen des Statuts haben sich bewährt, sie geben dem Vorstand einen besseren Maßstab für die Rentenfestsetzung. Nur in zwei Fällen wurde der Anspruch auf Rente abgelehnt, da die Angestellten nach ihr Gehalt bezogen, allen übrigen Anträgen konnte stattgegeben werden.

Die Verpflichtungen der Vereinigung sind in den Jahren wie folgt gestiegen: Es wurden gezahlt an Witwen- und Kinderrente 1903: 716,55 M., 1904: 3109,30 M., 1905: 8095,55 M., 1906: 11 219,90 M., 1907: 15 573,70 M., 1908: 19 530,64 M., 1909: 27 135,65 M., 1910: 34 939,90 M., 1911: 43 575,25 M., 1912: 52 339,45 M.; an Sterbegeld: 1903: 690 M., 1904: 1200 M., 1905: 1290 M., 1906: 1800 M., 1907: 1900 M., 1908: 2200 M., 1909: 3400 M., 1910: 3400 M., 1911: 3290 M., 1912: 3600 M.; an Invalidenrente: 1907: 1275 M., 1908: 2700 M., 1909: 3000 M., 1910: 6975 M., 1911: 12 000 M., 1912: 15 352,80 M.

Für das kommende Geschäftsjahr muß die Kasse nach diesen Aufstellungen mit einer aus dem Jahre 1912 übernommenen Gesamtschuldung an Witwen-, Waisen- und Invalidenrenten im Betrage von 75 378 M. rechnen. Nach den bisherigen Erfahrungen läßt sich eine Steigerung auf 83 000 M. im Jahre 1913 annehmen. Mit den Verwaltungskosten, Beitragsrückzahlungen und Sterbegeld ist ein weiterer Betrag von rund 12 000 M. in Ansatz zu bringen, so daß die Gesamtausgabe auf 95 000 M. zu veranschlagen ist.

Das Vermögen der Vereinigung ist auf 1 275 571,97 M. angewachsen; dem Bankguthaben konnten im Jahre 1912 183 362,95 M. zugeführt werden, gegen 178 692,25 M. im Vorjahre.

Das Zeichenbegnadnis von Hector Denis.

Das Zeichenbegnadnis fand am Pfingstmontagmorgensmittags dem Trauerhause des Brüsseler Vorortes Ipelles aus statt. Die sozialistische Parlamentarieraktion war vollständig am Zuge; ferner Deputierte aller Parteien, darunter auch die Christlichsozialen Abbé Fonteyne und Toens; weiter der Vizepräsident der Kammer, der Gouverneur der Provinz Brabant, der Brüsseler Bürgermeister und die Bürgermeister der Vororte, liberale und sozialistische Gemeindevorstände, auch der Finanzminister, gegen den sich just die letzte Kammerrede Denis' an Vorabend seines Todes gerichtet hatte. Ebenso zahlreich wie die politische war die wissenschaftliche Welt vertreten, die Universtität und alle die verdienstvollen Adressierten und Vereine, für die Denis tätig gewesen. Da waren Vertreter des Komitees für Arbeiternachkommen, hier eine Abteilung hiesiger Frauenvereinschwestern, Abordnungen der Freireiseorganisationen; dann wieder eine Kolonne Studenten und Bekehrten, schließlich die Waisenkinder des „Orphenhaus national“. ... Die Arbeiter allein waren gekommen, ihrem Vorgesetzten und Freund das letzte Geleite zu geben; nicht nur die Christlichsozialen, sondern auch die der Provinz, so die „Vorwärts“, die Bergarbeiter des Hennegau, denen er so oft seine Teilnahme, sein Interesse gewidmet, so die Arbeiter die ihn zu ihrem parlamentarischen Vertreter durch viele Jahre gewählt hatten. Die roten Rahmen wechten, die Mutter des „Raisin du Peuple“ spielten den Chopinschen Trauermarsch. Dann senkte man ohne Rede den Toten auf dem stillen Vorortfriedhof in Ipelles neben seiner Frau ins Grab.

Hector Denis hatte sich in seinen letztwilligen Verfügungen jeden Pomp verboten.

